Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger vierteljährl. M. 1.80 monatl. 60 Pf. durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.50 bezw 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6 mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100. Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Kreisblatt

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf. für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie berr. 12 Pf. Die Zustellung für die laufende Vierteljahr beginn Monat wird von Bezehern auf kleine Anzeigen in Rechnung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 50 Pf. — Ziffergebühr und Vorzeichnungen extra

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 286. Freitag, den 7. Dezember 1917. 157. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Prämie für die Entdeckung heimlicher Schlachtungen.
2. Ablieferung von gesammelten Kernen und Früchten in die Kreissammelstelle.

Tageschronik

10tägige Waffenruhe mit Rußland.

Deutsche Flieger über England.

Große deutsche Erfolge bei Cambrai.

Die preußische Wahlrechtsvorlage erscheint keineswegs gesichert.

Auch Rumänien zur Aufgabe des Kampfes gezwungen.

Ganze 85 000 Amerikaner sollen in Frankreich ausgebildet werden.

Lansdowne findet in England wachsenden Anhang.

12 000 To. U-Bootsbeute.

Neue Mutbotschaft Wilsons gegen Deutschland.

Die Frage unserer Volksernährung.

Der Hamburger Großkaufmann Carl Beyme, der im überseeischen, besonders auch im amerikanischen Handel sehr bewandert ist und sich in hervorragender Weise während des Krieges mit der Frage der Volksernährung beschäftigt hat, spricht darüber folgende sehr beachtenswerte Meinung aus:

Das deutsche Volk kann mit dem größten Zutrauen auf eine sichere Ernährung für 1917-18 rechnen. Eine Erschütterung unserer Ernährung ist auch in späteren Jahren nicht zu befürchten. die Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft wird im Gegenteil derart wachsen, daß sie den durchschnittlichen Ansprüchen an eine reichliche Ernährung voll genügen kann.

Da die Kartoffelernte gut ausfällt, und der Hauptverzehrer dieser Frucht, die Schweine, an Zahl sehr abgenommen hat, da ferner die Zuckerrübenernte um 10 v. H. größer ist als im Vorjahr und die Ausmahlung des Getreides von 94 auf 80 v. H. herabgesetzt werden kann, gibt uns die diesjährige Ernte die Möglichkeit, bei richtiger Anordnung den Ernährungsbestand unserer Bevölkerung wieder auf 2000 Kalorien zu heben. Das ist nun ungefähr 25 v. H. besser, als was uns die heutige Verteilung zulässlich der freien Lebensmittel gewährte. Sorgt die Regierung nun noch dafür, daß die Haushaltungen genügend Feuerungsstoffe erhalten, dann kann es in diesem Winter unserer Bevölkerung nur an wenig fehlen.

Worunter wir jetzt und nach dem Friedensschlusse noch am meisten zu leiden haben werden, ist ein gewisser Mangel an Fett, der namentlich im nächsten Frühjahr fühlbar werden wird.

Man kann diesem Mangel teils durch Erhöhung der Milcherzeugung, teils durch Vermehrung des Oelfruchtanbaues abhelfen. Zu beidem gehörten Stickstoff in genügender Menge, über diesen werden wir nach Kriegsschluß zu verfügen haben. Denn die Stickstofferzeugung in Deutschland ist heute schon doppelt so groß, als der Bedarf an Stickstoff in der deutschen Landwirtschaft vor dem Kriege war. Unsere Erzeugung dieses Stoffes übersteigt bereits erheblich die gesamte an Chilesalpeter.

Jetzt wird der gewonnene Stoff hauptsächlich zur Pulvererzeugung gebraucht; sowie wir ihn der Landwirtschaft zur Verfügung stellen können, wird sie ihn durch Erhöhung der Ernte nutzbar machen. Mit der Stickstoffrage ist also für uns auch die Ernährungsfrage gelöst. Ist doch unsere Landwirtschaft schon jetzt der der übrigen Völker weit überlegen. In England gilt für eine gute Ernte, wenn man zwei Drittel, in den Vereinigten Staaten und in Argentinien, wenn man ein Drittel von dem erntet, was wir von einer guten Ernte erwarten. Es ist deshalb durchaus nicht ausgeschlossen, daß Deutschland nach dem Kriege imstande sein wird, außer Zucker, von dem schon eine Million Tonnen ins Ausland gingen, auch große Mengen von Feldfrüchten bei reichlicher Ernährung unserer heimischen Bevölkerung auszuführen.

Dagegen liegen die Verhältnisse bei unseren Gegnern nicht nur jetzt, sondern noch auf spätere Jahre hinaus erheblich ungünstiger. Ihr Ackerbau steht noch auf den Anfangsstufen der Entwicklung und ist mit den Verhältnissen zu vergleichen, die wir vor etwa 60 Jahren in Deutschland hatten. Auch ohne den verschärften U-Bootkrieg muß es mit dem Beginn 1918 bei unseren Gegnern zur Hungersnot kommen. Die europäischen Ernten sind dann zum größten Teile verbraucht, die geringen Auslandsbestände — etwa 2½ Millionen Tonnen — ändern daran nichts Erhebliches, die neuen Ernten treffen erst im kommenden Frühjahr in Europa ein, und da sie nur 11 Millionen Tonnen betragen werden, können sie den Riesenbedarf unserer Gegner von etwa 26 Millionen Tonnen bei weitem nicht decken.

Aber noch schlimmer wird die Lage unserer Gegner bei ungeschwächter Fortsetzung des ungehemmten U-Bootkrieges. Der verfügbare Frachtraum wird noch auf Jahre hinaus so gering sein, daß die Verschiffung der Ernten unseren Feinden die größten Schwierigkeiten bereiten wird. Glücklich dann das Land, das auf eigenen Füßen steht, und glücklich das Land, das nicht seine eigenen Vorräte hergeben muß, wie früher Irland und Indien, jetzt Griechenland, um die Engländer zu mästen!

Freilich ist alles dieses nur richtig unter der Voraussetzung, daß wir einen Frieden schließen, der uns das Recht zum freien Weltverkehr sichert, keinen Frieden, der das deutsche Volk durch Geldopfer erdrückt: einen Frieden, der uns den Genuß unserer eigenen Erzeugung läßt, keinen irischen dauernden Hungerfrieden.

Der Pflichteifer, die Ordnungsliebe, die Bildung und der Fleiß der Deutschen — kurz das, was die Feinde unsern „Militarismus" nennen — wird dann den Sieg über das Ausland davontragen. In keinem Lande der Welt wird so viel, und noch dazu mit so viel Verstand gearbeitet wie in Deutschland, und diese Ueberlegenheit macht das deutsche Volk unüberwindlich. Der alte Hanseatengeist wird dann sein Aeußerstes daransetzen, um die in Deutschland erzeugten Werte wieder über die ganze Welt zu verbreiten und so auch dem deutschen Volke dazu zu verhelfen, daß alle tüchtigen Kräfte: Arbeiter wie Großkaufleute, Landwirte wie Gewerbetreibende, einen reichlichen und vollen Verdienst erhalten.

Möge das starke deutsche Schwert bald die sichere Grundlage für ein langes, friedliches Blühen Deutschlands schaffen!

(Aus Carl Beyme, Die Ernährung Deutschlands und seiner Gegner. Vortrag.)

Vom Kriege und Frieden.

Der Abendbericht der Obersten Heeresleitung.

Berlin, 5. Dezember, abends. (Amtlich.) Erfolgreiche örtliche Kämpfe zwischen Inchy und Bourlon.

In den Sieben Gemeinden wurden die Italiener erneut aus starken Stellungen geworfen.

Aus dem Osten

Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen.

Wien, 5. Dezember. Der österreichische Generalstab berichtet: Die Verhandlungen beim Feldmarschall Prinzen Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehlshaber der zwischen dem Dnjestr und dem Schwarzen Meere stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern nachmittag an den Generalobersten Erzherzog Josef und an den Generalfeldmarschall von Mackensen mit dem Vorschlag herangetreten, Besprechungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Heerführer haben zustimmend geantwortet. Die Abordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

Die Jassyer Zeitung „Romanie" berichtet nach Wiener Quellen, der König von Rumänien habe Bratianu und den Kriegsminister aufgefordert, in sein Winterquartier auf der Halbinsel Cherson zu kommen, wo ein Abgesandter Lenins sich aufhalte.

Konstantinopel, 4. Dezember. Der Oberbefehlshaber der russischen Heere hat einen auf Abschluß eines Waffenstillstandes abzielenden Vorschlag gemacht, und zwar für alle Fronten der verbündeten Heere im Osten. Dieser Vorschlag ist von den verbündeten Heeren angenommen worden. Darauf ist eine russische Abordnung zu Verhandlungen bei dem Oberkommando der Ostarmeen eingetroffen. Eine von dem Oberbefehlshaber der türkischen Armee ernannte Abordnung unter Führung des persönlichen Adjutanten des Sultans, Divisions-General erster Klasse Jakki Pascha, hat sich der Vertretung der verbündeten Heere angeschlossen. Die Vorbesprechungen über den Waffenstillstand haben am 3. Dezember mittags begonnen.

Berlin, 6. Dezember. Der Große Generalstab in Petersburg machte, wie sich verschiedene Blätter melden lassen, bekannt, daß, obgleich er es nicht gutheißen könne, daß Rußland ohne seine Verbündeten verhandele, er sich dennoch entschlossen habe, der Abordnung für die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen zwei Offiziere beizugeben, die bei den Unterhandlungen auch die Interessen der Alliierten wahrnehmen würden.

Fortschreitende Demobilisierung der russischen Armee.

Aus Genf meldet die „Südd. Korr.": „Petit Journal" schreibt, Trotzki habe die noch hinter der Front stehenden russischen Truppen zurückgerufen. Der Befehl der maximalistischen Regierung verlangt im Bedarfsfalle den Uebertritt der Truppen auf neutrales Gebiet zwecks Heimschaffung nach Rußland.

Duchonins Ermordung.

Rotterdam, 5. Dezember. Nach drahtlosen Berichten aus Petersburg hat Krylenkow eine Proklamation an die russischen Soldaten gerichtet, worin er bekannt macht, daß er mit den revolutionären Truppen in Mohilew eingerückt sei und das Hauptquartier umzingelt habe. — Die Soldaten haben Duchonin aus dem Eisenbahnzug herausgeworfen und auf diese Weise ermordet. Daraufhin ergriff General Kornilow die Flucht.

Rotterdam, 5. Dezember. Reuter meldet aus London. Die maximalistische Regierung teilte der P. T.-A. mit, daß der Große Generalstab an der russischen Front sich den maximalistischen Truppen übergeben hat.

Kornilow entkommen.

Petersburg, 5. Dezember. Havas meldet: Die Regierung ernannte Gregor Petrowsky zum Minister des Innern, Morarow zu dessen Gehilfen. Das Dumagebäude ist von den Maximalisten und der Roten Garde besetzt, um zu verhindern, daß die Duma Sitzungen abhält. Die Schlüssel zur Duma befinden sich in den Händen der Maximalisten.

Der Eisenbahnerausschuß habe die Meldung erhalten, daß es Kornilow in der letzten Nacht gelungen ist, mit vier Sotnien Kosaken aus Buschow, wo er gefangen gehalten wurde, zu entfliehen.

Abschaffung aller Klassen und Titel in Rußland.

Kopenhagen, 4. Dezember. Lenin hat folgenden Erlaß über die Abschaffung aller Klasseneinteilungen und aller Titel in Rußland ausgefertigt:

Alle in Rußland bisher geltenden Standes- und Klasseneinteilungen, Klassenorganisationen und Institutionen sowohl wie bürgerliche Titel werden abgeschafft. Alle Bezeichnungen, wie Adliger, Bauer, Kaufmann und Bürger, Titel wie Fürst, Graf und die Titel bürgerlicher Beamter, Geheimrat, Staatsrat usw. werden abgeschafft und durch eine für die Bevölkerung von ganz Rußland gemeinsame Bezeichnung ersetzt: Bürger der russischen Republik. Das Eigentum aller Adels- und Standeskonstitutionen soll unverzüglich der zuständigen Semstwobehörde übergeben werden. Das Eigentum des Kaufmannsstandes und der Bürgerschaft wird ebenso der genannten Behörde übergeben. Alle Standesinstitutionen gehen unverzüglich an die betreffende Stadt und Semstwoverwaltung über. Die Proklamation tritt am Tag nach der Ausfertigung in Kraft und wird sofort von den örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten verwirklicht.

Rußland kündigt alle Kriegslieferungsverträge.

Kopenhagen, 4. Dezember. Nach dem „Daily Chron." hat die russische Regierung alle Verträge mit den Alliierten wegen Lieferung von Munition und Kriegsmaterial für das russische Heer gekündigt und sofort außer Kraft gesetzt. Die Regelung der russischen Kriegsschuld fragen soll bis zur Friedenskonferenz verschoben werden.

Haftbefehl gegen Sasonow?

Berlin, 5. Dezember. Gegen den früheren Minister des Aeußeren Sasonow soll ein Haftbefehl erlassen worden sein, weil ein geheimer Briefwechsel mit einer in Petersburg befindlichen Botschaft aufgefunden worden sei. Der gegenwärtige Aufenthalt Sasonows ist unbekannt.

Diese Nachricht klingt sehr glaublich, wenn ihre Bestätigung auch abzuwarten bleibt.

Die Republik Ukraine.

Wien, 4. Dezember. Der Bund für die Befreiung der Ukraine erhielt aus Stockholm folgendes Telegramm vom 2. Dezember: Der Proklamierung der ukrainischen Republik haben sich alle Gouvernements mit Ausnahme von Odessa angeschlossen. Um die neugeschaffene staatliche Ordnung in der Ukraine aufrechtzuerhalten und zu stärken, zog der ukrainische Kriegsminister Petlera 360 000 Mann ukrainischer Truppen von der Front in das Innere des Landes. Der Kriegsminister verfügt jetzt mit den schon früher organisierten ukrainischen Streitkräften im Hinterlande über eine Truppenmacht von über 4½ Million ukrainischer Soldaten.

Aus dem Westen

Zur Kampflage.

Berlin, 5. Dezember. In Flandern lebte vom Mittag ab fast an allen Frontstellen die feindliche Artillerietätigkeit auf. Vielfach lag planmäßiger Beschuß schwerer Kaliber auf unseren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0001

Stellungen. Erst gegen Abend ließ das Feuer nach, blieb aber zwischen **Houthoulster Wald und Becelaere** bis zum Morgen des 5. Dezember in planmäßiger Stärke bestehen. Am Houthoulster Walde wurden in der Nacht drei feindliche Patrouillen abgewiesen, während eigene Patrouillen Gefangene einbringen konnten. Die Bahnhöfe von **Aire, Poperinghe** und **Ypern** sowie Truppenlager bei Ypern und die Festung **Dünkirchen** wurden mit beobachteter guter Wirkung mit **Bomben belegt.**

Auf dem Schlachtfeld westlich **Cambrai** setzte 4 Uhr nachmittags sehr heftiges feindliches Feuer in Gegend Moeuvres ein, dem mehrere feindliche Vorstöße folgten. Sämtliche Angriffe scheiterten unter schweren Feindverlusten. Bei **Marcoing** erzielten wir weiteren Geländegewinn. Der ganze **Scheldebogen** östlich des Dorfes ist in unserer Hand. Nördlich La Vacquerie verliefen Handgranatenkämpfe für uns erfolgreich.

Südlich St. **Quentin** erhöhte sich im Laufe des 4. Dezember die feindliche Artillerie- und Minentätigkeit bedeutend. Von 3 bis 5 Uhr nachmittags lag allerstärkstes Minenfeuer auf dem Abschnitt Itancourt–Allaincourt. Unsere Artillerie antwortete mit Vernichtungsfeuer auf die feindlichen Batterien und Minenwerferstellungen. Oestlich der **Maas** hielt lebhaftes Artilleriefeuer bis in die Nacht hinein an und lag mit teilweise heftigen Feuerüberfällen in Sonderheit auf unseren Stellungen zwischen **Beaumont** und **Ornes.**

Truppenlager für 85 000 Amerikaner in Frankreich.

Einer Meldung des spanischen Blattes „Nacion" zufolge werden in **Südfrankreich** zwischen Bayonne und Dax angeblich Truppenlager für **25 000 Amerikaner** und in Pau Truppenlager für 60 000 Amerikaner errichtet. Auch soll zwischen Bayonne und Saint de Luz ein Lager für eine neue amerikanische Truppensendung vorbereitet werden.

Das kleckert doch mit den amerikanischen Truppensendungen recht langsam.

Peinliche Interpellationen.

Aus **Genf** meldet die „Südd. Korr.": Die Interpellation des Abgeordneten **Moutet** in der **französischen Kammer** beantragt, der „Humanite" zufolge, die Ungültigkeitserklärung der von der französischen Regierung ohne Wissen des Parlaments abgeschlossenen **Geheimverträge.** Eine zweite Interpellation beantragt die **Anerkennung** der neuen **russischen Regierung.**

Feindliche Flieger über Zweibrücken.

Aus **Ludwigshafen** a. Rh. wird gemeldet: Mittwochnachmittag 2.15 Uhr sind, von Osten kommend, **12 feindliche Flieger** über **Zweibrücken** erschienen. Acht Bomben wurden abgeworfen. Vier Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Außer Beschädigungen an einigen Wohnhäusern und Schuppen kein nennenswerter Sachschaden. Der Abflug erfolgte in westlicher Richtung.

Das französische Volk darf's noch nicht erfahren!

Berlin, 6. Dezember. Die von der Pariser Konferenz auf Verlangen Wilsons in Aussicht genommene weitere Einschränkungen im Verbrauch aller Nahrungsmittel der Ententestaaten will laut „B. L. A." Clemenceau nicht sofort bekanntgeben. Er will auf sie durch die Presse und Parlamentsausschüsse vorbereiten. Angeblich befahl Präsident Wilson den Staatsdepartements zur Klärung der Vollmachten des bisherigen russischen Botschafters in Washington direkte Verhandlungen mit der russischen Regierung aufzunehmen. Die Erklärung Wilsons soll den Schluß zulassen, daß der Präsident die maximalistische Regierung unter Vorbehalt anerkennen werde.

Die Unterausschüsse der Alliiertenkonferenz.

Nach Havas haben sich in der Pariser Konferenz verschiedene Unterausschüsse gebildet, die augenscheinlich die Lösung eines Teils der wichtigsten Fragen vorbereiten sollen, die in der Konferenz selbst nicht geordnet werden konnten. So wurden Unterausschüsse für **Finanzwesen,** für **Bewaffnung** und **Luftschiffahrt,** für **Einfuhr, Seetransporte** und **Ernährung** und für **Blockade** gebildet, deutliche Fingerzeige dafür, wie sehr und wo den Vielverband der Schuh drückt.

Der Unterausschuß für Verproviantierung und Transporte hält es für angezeigt, der Konferenz folgende vorsichtige, aber viel verheißende Erklärungen vorzulegen: Da die lange Dauer des Krieges dem Verbraucher Produkte aller Art und in ganz unverhältnismäßiger Menge entzogen hat, leuchtet es ein, daß die verfügbaren Hilfsquellen, sei es in den alliierten Ländern oder in den verschiedenen neutralen Ländern, den jetzigen Ernährungsbedürfnissen nicht mehr Genüge leisten. Infolgedessen ist es notwendig, allgemein die Grundsätze, die seit Ende Juli dieses Jahres von der amerikanischen Regierung festgelegt worden sind, auszugestalten.

Die englischen Gefangenenziffern für November.

Die „Frkf. Ztg." meldet aus **Basel:** Nach einem Londoner Reuter-Bericht haben im Monat November die Engländer auf allen Kriegsschauplätzen an Gefangenen gemacht: **Westfront:** 11551 Gefangene, 138 Kanonen, **Palästina:** 10 454 Gefangene, 80 Geschütze, **Ostafrika:** 4414 Gefangene, darunter 1212 Europäer, 8 Geschütze, **Saloniki:** 24 Gefangene, **Mesopotamien:** 437 Gefangene; im ganzen **28833 Gefangene** und **221 Geschütze.**

Lansdownes wachsende Gefolgschaft.

Bern, 4. Dezember. Die Parlamentsberichterstatter von „Daily News" und „Daily Mail" melden, daß der Brief **Lansdownes** am Donnerstag den Hauptgesprächsstoff in den Wandelgängen des Unterhauses bildete und allgemein als **politisches Ereignis ersten Ranges** angesehen wird. Der Berichterstatter von „Daily News" gibt an, daß unbeschadet der ablehnenden Haltung zahlreicher Abgeordneter mit extremer Tendenz viele **Konservative,** denen man derartige Ansichten kaum zugetraut hätte, den Brief als den „Tatsachen entsprechend und geeignet, die Ueberzeugung eines großen Teiles der öffentlichen Meinung auszudrücken", bezeichnet. Noch allgemeineren Beifall findet der Brief Lansdownes bei den **Liberalen.** Auch die Mitglieder der **Arbeiterpartei** seien ganz einverstanden mit dem Briefe. Der Berichterstatter von „Daily Mail bemerkt, einer der **Beweggründe** des bedauerlichen Friedensappells Lansdownes sei vermutlich die von Lenin angedrohte **Streichung der russischen Staatsschuld,** die den englischen Geldleuten und den Rentnern **schweren Schaden** zufügen würde.

Aus Basel meldet die „Südd. Korr.": Die Londoner „Daily News" bringen einen **Aufruf von Mitgliedern des Unterhauses und des Oberhauses,** die sich unter Wahrung der berechtigten Interessen **Englands für öffentliche Verhandlungen über einen Verständigungsfrieden** aussprechen.

Rotterdam, 5. Dezember. Nach dem „R. Rott. Conr." schreibt Nicholson in der „Daily Mail", die Führer der liberalen Partei hätten sich gestern im Unterhause versammelt die durch den Geist des Briefes entstandene Lage besprochen, den Geist des Briefes allgemein gebilligt und zugegeben, daß es wünschenswert wäre, die Kriegsziele der Alliierten und die Bedingungen für eine Beendigung des Krieges bestimmt auszusprechen.

Es wird immer klarer, daß auch England das Messer an seiner Kehle fühlt. Jetzt gilt es doppelt, kaltes Blut und Nerven zu bewahren.

Der Krieg gegen Italien

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 5. Dezember. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden haben Truppen des Feldmarschalls Conrad einige Höhenstellungen genommen.

Die italienischen Eigentumsbegriffe.

Der Präfekt von **Genua** ordnete an, daß die **Wohnungen** und **Villen** der **feindlichen Staatsbürger,** deren Inhaber abwesend sind, den **Flüchtlingen** aus der Kriegszone zur Verfügung gestellt werden. Die Maßregel scheint mit **Zerstörungen** zusammenzuhängen, so heißt es, die vor kurzer Zeit in **diesen Wohnungen** stattgefunden haben.

Der Seekrieg

Wieder 12 000 To.!

Berlin, 5. Dezember. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum 12 000 Br.-Reg.-To. versenkt. Unter den vernichteten Schiffen befanden sich ein beladener bewaffneter englischer Dampfer, ferner ein Segler, der mit einem U-Boot zusammen arbeitete.

Zu dem Bericht vom 24. November über die Versenkung des englischen Dampfers „Zillah" (3788 To.), ist nach der Meldung des inzwischen vom nördlichen Eismeer zurückgekehrten U-Bootkommandanten noch nachzutragen, daß sofort beim Sichten des Sehrohrs der **Dampfer das Feuer eröffnete.** Der bald darauf, trotz ringsum einschlagender Granaten von dem U-Boot abgefeuerte Torpedo riß die Schiffsseite des Engländers auf und setzte die Ladung in Brand. Trotzdem schoß der Dampfer noch mehrere Male auf das Sehrohr, die Besatzung verließ aber dann mit dem Weiterumsichgreifen des Feuers in größter Hast das brennende Schiff, auf dem die bei dem Geschütze liegende Munition explodierte. — Ein anderes, im **englischen Kanal arbeitendes U-Boot** hatte in den letzten Tagen einen **stark gesicherten Dampfer von 4000 To. versenkt,** der nach wenigen Minuten in die Tiefe sank. Durch sofort einsetzende feindliche Gegenwehr der Bewacher wurde das U-Boot zum Tauchen gezwungen und bald darauf mit mehreren Wasserbomben belegt. Beim Wiederauftauchen wurde das eben über Wasser herausragende Sehrohr von einem Zerstörer gerammt und abgeklemmt. Wieder auf Tiefe gegangen verspürte das U-Boot weitere Explosionen von zahlreichen, zum Teil in nächster Nähe des Bootes detonierenden **Wasserbomben,** die aber alle **keinen Schaden** anrichteten.

Versenkt.

Haag, 5. Dezember. „Daily Chron." meldet: Der Paketdampfer „Moeara" (?) wurde durch zwei Torpedos **versenkt.** 80 Fahrgäste und Mitglieder der Besatzung werden vermißt; etwa 120 Fahrgäste sind gerettet worden.

Der Krieg mit Amerika

Neue Botschaft Wilsons an den Kongreß.

Washington, 5. Dezember. Wilson hielt heute im Kongreß eine Rede, in der er sagte: Ich will nicht darauf zurückkommen, die **Ursachen des Krieges** und die Zeit des unerträglichen Unrechts, das von den unheilvollen „Herren Deutschlands" uns zugefügt, zu besprechen. Aber ich möchte Sie auffordern, wiederum und mit größter Genauigkeit unsere Ziele und die Mittel, durch welche wir sie erreichen wollen, zu prüfen. Denn der Zweck der Besprechung hier an diesem Ort ist **Handeln** und unser **Handeln** muß sich in gerader Richtung auf die endgültigen Ziele hinbewegen. Es ist natürlich unser Ziel, den **Krieg zu gewinnen.** Wenn können wir den Krieg als gewonnen betrachten? Als Nation sind wir uns im Geiste und in unseren Absichten einig. „Ich achte wenig auf diejenigen, die mir etwas anderes sagen." „Wir sind die Sprecher des amerikanischen Volkes, und dieses Volk hat das Recht, zu erfahren, ob **sein** Ziel das **unsere** ist. Es wünscht den Frieden zu erlangen durch Ueberwältigung des Uebels, in dem ein für allemal die **finsteren Mächte geschlagen** werden, die den **Frieden unterbrochen** haben. (!!) Ich glaube, ich spreche für das Volk, und ich sage zweierlei: erstens, daß die Bedrohungen und Intrigen, verbunden mit Stärke, als welche wir die **deutsche Macht** jetzt so deutlich sehen, ohne **Gewissen** (!), Ehre oder Eignung für einen durch Vertrag geschlossenen Frieden (!!) zu Boden **geschlagen** und wenn nicht **völlig aus der Welt geschafft,** so doch von dem **freundlichen Verkehr** zwischen den Völkern **ausgeschlossen** werden muß; zweitens, daß wir über den Frieden verhandeln können, wenn das deutsche Volk Sprecher haben wird, deren Wort wir **trauen können** (!), und nenn diese Sprecher bereit sein werden, namens ihres Volkes ein allgemeines Urteil der Nationen darüber anzunehmen, was künftig Grundlage für Gesetze und Verträge über das Leben der Welt sein soll, nämlich unparteiische Gerechtigkeit in jeder Lage und für jedes Volk. Dieses schließliche Uebereinkommen müssen unsere Feinde ebensogut wie unsere Freunde abschließen.

Je besser unsere militärische Lage ist, umso höher steigt natürlich die fanatische Wut des Oberschwindlers auf dem Berauum-Morganthron.

Wilsons neue Pläne.

Rotterdam, 5. Dezember. Im amerikanischen Senat wurde ein Antrag, wonach der **Kriegszustand** mit **Oesterreich-Ungarn, Bulgarien** und der **Türkei** erklärt werden soll, ohne Erörterung an den **Ausschuß** für auswärtige Angelegenheiten **übermittelt.**

Schlechte Stimmung in Washington.

Der „Petit Parisien" berichtet, das Washingtoner Kabinett betrachte die durch den Waffenstillstand geschaffene Situation als äußerst schwierig, wenn nicht verzweifelt, weil ein Teil der übrigen kriegführenden Mächte der Ladung einer verspätten Friedenskonferenz unterliegen könnte. Auch befürchte Wilson eine Agitation der Arbeiter Amerikas und Englands. Von der Pariser Konferenz hängt es ab, ob die erzielte Einigkeit den russischen Abfall wettmachen könne.

Der türkische Feldzug

Zur Lage in Palästina.

Amtlicher **englischer Bericht aus Palästina** vom 3. Dezember: General **Allenby** meldet: Die allgemeine Lage ist unverändert. In der Nachbarschaft von **Beturel Foka** kam es zu einigen Kämpfen, in denen wir Gefangene machten. Truppen aus den östlichen Grafschaften unternahmen einen erfolgreichen Ueberfall auf einen türkischen Posten südlich von **Nahrauja** und machten die ganze Besatzung nieder. Unsere Flugzeuge fahren fort, die türkischen Verbindungslinien in der Gegend von Tulkerem mit guten Ergebnissen mit Bomben zu bewerfen.

Die Neutralen

Die Rechtfertigung Deutschlands durch die Veröffentlichung der Geheimverträge.

Im Amerdamer „Standard" vom 1. Dezember schreibt: Dr. Kupper über die Veröffentlichung der Geheimverträge: Die **Oeffnung der geheimen Archive in Petersburg** hat ganz Europa nicht bloß überrascht, sondern in **erschreckes Erstaunen** versetzt. Man hatte wohl angenommen, die Verbandsmächte seien sich lange vor 1914 einig gewesen, was sie im Falle eines Krieges tun würden. Aber wie schonungslos man sich auch die **Habsucht des Verbandes** vorgestellt hatte, so hatte doch kein Mensch auch nur im entferntesten gewagt, anzunehmen, daß **England Frankreich, Italien** und **Rußland** zu einer Zeit, als man den **Kaiser** von Deutschland sowohl in London, wie in Petersburg auf das **Allerfreundlichste empfing,** sich hinter seinem Rücken buchstäblich **verschworen** würden, um Deutschland zu gelegener Zeit zu überfallen. Selbstredend blieben der Deutschen Regierung, wie geheimnisvoll man auch verfuhr, diese Vorgänge nicht verborgen. Daher **durfte** Deutschland im Juli 1914 **keinen Augenblick zögern,** wenn es der Falle entgehen wollte. Aus den Archiven geht hervor, daß man es darauf angelegt hatte, die Mittelmächte so gut wie unvermutet zu überfallen und ihnen einen **tödlichen** Stoß zu versetzen, von dem sie sich, wie man hoffte, nie wieder erholen würden.

Der Kauf der holländischen Westindien-Kolonien.

Die **westindischen Kolonien Hollands** umfassen die Inseln **Curacao, Aruba, St. Martin, Bonaire, St. Eustach** und **Saba** mit zusammen 1130 Qu.-Km. und etwa 100 000 Einwohnern, weiter **Surinam** (Niederländisch-Guayana) mit 129 100 Qu.-K. und über 100 000 Einwohnern. Bis vor kurzem erforderten die westindischen Kolonien noch Unterstützung durch das Mutterland.

Frühere Anfragen Amerikas wegen dieses Kaufs sollen abschlägig beschieden worden sein.

Beschuldigungen gegen die Genfer Polizei.

Bern, 5. Dezember. Vor dem Bundesstrafgericht in **Genf** spielte sich gestern ein **Spionageprozeß** ab, dessen Hauptangeklagter, nach den bisher vorliegenden Berichten zu urteilen, die gesamte Genfer Polizei ist. Die Verhandlung richtete sich eigentlich gegen eine deutsche Lehrerin, die in der Schweiz einen Nachrichtendienst zugunsten Deutschlands betrieben haben soll. Die Dame war aber durch die Machenschaften eines Genfer Lochspitzels überführt worden, der für seine Mühe sowohl von der **Genfer Polizei,** wie von dem **französischen Konsulat belohnt** wurde. Im Laufe der Verhandlungen wurden alle Chefs der Genfer Polizei als Zeugen vernommen, wobei einer die Verantwortung auf den anderen schob. Der Bundesanwalt kennzeichnete mit energischen Worten das Verhalten des Genfer Polizeichefs.

Wie groß ist die Welt?

Eine seltsame Frage, da doch nach allgemeiner Vorstellung der Raum und damit unsere räumliche Welt keine Grenzen hat, sondern ins Endlose ausgedehnt ist. Und doch hat die Frage einen ernsthaften Sinn, wie der „Voss. Ztg." zufolge in der letzten Sitzung der **Physikalischen Gesellschaft** von Professor **Einstein,** dem Schöpfer der Relativitätstheorie ausgeführt wurde. Bei der Aufstellung von Grenzbedingungen gerät man nämlich in Widerspruch mit der Annahme eines unendlich ausgedehnten Raumes.

Aber auch unabhängig von dieser modernsten physikalischen Theorie haben die Astronomen bereits auf Tatsachen hingewiesen, die gegen Auffassung eines unendlich ausgedehnten Weltsystems sprechen, und es ist auch der Hoffnung Ausdruck gegeben worden, man werde eines Tages imstande sein, das **gesamte Weltall** zu wägen und zu **messen.**

Noch von einer anderen Ueberlegung aus könnte man es für möglich halten, daß unser Raum ein begrenzter, also ein geschlossener ist. Wenn wir uns mit Verstand nach unserer Art begabte Wesen denken, die jedoch nur nach zwei Dimensionen ausgedehnt sind und auch nur zwei Dimensionen sinnlich aufzufassen vermögen, so werden sie je nach der Fläche, auf der sie leben (Ebene, Kugel oder anderes Gebilde) geometrische Axiome aufstellen und eine Geometrie ausbilden, die von der unsrigen wesentlich verschieden ist, von der wir als dreidimensionale Wesen uns sehr wohl eine Vorstellung zu machen imstande sind, während jenenen zweidimensionalen, z. B. auf einer Kugel lebenden Wesen, jede Möglichkeit fehlt, sich eine Vorstellung von unserem Raume zu machen, da ihnen ja die Fähigkeit der sinnlichen Auffassung der dritten Dimension abgeht. Nun liegt es durchaus nicht außer dem Bereich der Denkbarkeit, daß auch unsere Raumvorstellungen bedingt sind durch die Organisation unserer Sinnesorgane und daß es außer den drei Dimensionen, die wir auffassen, noch andere gibt, für die uns allerdings jede Vorstellung fehlen muß. Wir sind wohl imstande, die Gebilde in einem solchen beispielsweise vierdimensionalen Raume der analytischen Rechnung zu unterwerfen und ihre Geometrie rechnerisch sehr weitgehend durchzuführen, aber jede Anschauung der berechneten Gebilde und ihrer Beziehungen wird uns für immer versagt bleiben. Wir können daher recht wohl annehmen, daß wir in einem Raume leben, der mit Verstand begabten vierdimensionalen Wesen in ähnlicher Weise als geschlossenes Gebilde erscheint wie uns die Kugel, auf deren Fläche etwa zweidimensionale Wesen sich aufhalten. Eine solche Annahme stützt sich sehr wohl, wie Einstein zeigt, in das System der Relativitätstheorie ein.

Von solchen Ueberlegungen aus konnte man auch bereits dazu übergehen, die Ausdehnung der Welt zu messen, und Einstein hat unter bestimmten Annahmen über die Erfüllung des Raumes mit Materie eine solche Rechnung durchgeführt, die zu einem Durchmesser von zehn Millionen Lichtjahren führt. (Ein Lichtjahr ist die Einheit, mit der die Astronomen die großen Entfernungen des Weltraumes messen; es ist die Strecke, zu deren Durchmessung das Licht, das bekanntlich in einer Sekunde 300 000 Kilometer durcheilt, ein ganzes Jahr gebraucht.) So über alle Massen groß sich nun auch dieser Durchmesser ergibt, so hat er doch eine ganz bestimmte endliche Größe.

Das Ergebnis der Rechnung macht auf Genauigkeit natürlich keinen Anspruch, es hängt von den zugrunde liegenden Annahmen über die Größe und Verteilung der Massen im Weltraum ab. Wir wissen ja nicht, ob in den schier endlos sich dehnenden Räumen zwischen den Fixsternen sich nicht noch ungeheure, uns bis jetzt unbekannte Massen befinden. Wäre dies der Fall, so würde ein noch weit größerer Durchmesser der Welt sich ergeben, aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0002

prinzipiell wäre die Rechnung ganz ebenso anzustellen, und würde auch wieder zu einer bestimmten angebbaren Zahl für den Durchmesser der Welt führen — ein Ergebnis, das zu den Bedingungen der Relativitätstheorie durchaus paßt.

Aus Stadt und Umgebung

Geschäftsfreie Sonntage.

Es wird zugelassen, daß die öffentlichen Verkaufsstellen an den geschäftsfreien Sonntagen bis 7 Uhr abends geöffnet haben dürfen. Näheres siehe Inserat.

Für die Entdeckung heimlicher Schlachtungen

zahlt der Viehhandelsverband der Provinz Sachsen in Magdeburg Prämien. Für jede Anzeige von heimlichen Schlachtungen, die zur Bestrafung führen, wird wenigstens eine Belohnung von 30 Mark bezahlt.

Für wen gelten eigentlich die Richtpreise?

Wie amtlich mitgeteilt wird, sind als „angemessene" für getrocknete Pilze den Sammlern zu zahlende Preise anzusehen:

1. Getrocknete Steinpilze, geschnitten: 1. Sorte, aus jungen Pilzen, weiß getrocknet 3,75 Mk. 2. Sorte aus älteren Pilzen oder unrein getrocknet 2,75 Mk. 3. Sorte, wurmstichig 1 Mk.

2. Getrocknete gemischte Pilze, geschnitten: Kuhpilz, Sandpilz, Butterpilz, Schmierling, Maronenpilz, Kapuzinerpilz, Habichtspilz, Korallenpilz, Ziegenbart u. dergl. (ausgenommene Blätterpilze): 1. Sorte aus jungen Pilzen, tadellos getrocknet 1,75 Mk. 2. Sorte aus älteren Pilzen, wurmstichig 0,75 Mk.

3. Getrocknete Champignons, geschnitten: 1. Sorte aus jungen Pilzen, tadellos getrocknet 1,75 Mk. 2. Sorte, aus älteren Pilzen oder wurmstichig 2 Mk. Die Preise gelten bei freier Lieferung von Verpackungsmaterial ab nächster Eisenbahnstation für je 0,5 Kilogramm.

Vergleicht man damit im Kleinhandel geforderten Preise, die z. B. für Steinpilze 18—19 Mk. betragen, so ergibt sich für den Weg vom Sammler bis zum Verbraucher ein Aufschlag von „nur" rund 400 Prozent. Weshalb werden solche Preise überhaupt festgesetzt, wenn niemand sich um die Innehaltung kümmert und sie höchstens dazu dienen können, den Verbrauchern zu zeigen, wie billig die Lebensmittel sein könnten, wenn die amtlichen als angemessen bezeichneten Forderungen beachtet würden?

Keine Einstellung des Personenverkehrs auf der Eisenbahn.

Es sind Gerüchte verbreitet, daß vom 15. Dezember bis Mitte Januar der Schnellzugsverkehr, sogar der gesamte Personenzugsverkehr, eingestellt werden würde. Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle entbehren diese Gerüchte jeglicher Begründung.

Aus Provinz und Reich

Zum Schlenditzer Mord.

Güsten, 6. Dezember. Wegen Verdachts der Beteiligung an der Ermordung des Schlenditzer Polizeibeamten wurde durch Wachtmeister Lärmann ein Maurer aus Osmarsleben festgenommen und der Staatsanwaltschaft in Halle vorgeführt.

Aerztestreik.

Saalfeld, 6. Dezember. Ein Aerztestreik ist hier ausgebrochen. Die Aerzte des Kreisverbandes Saalfeld haben beschlossen, auf Grund von Streitigkeiten mit der Ortskrankenkasse für Saalfeld und Umgegend wegen der Entschädigung für Aerzteleistungen ihre Tätigkeit bei dieser Kasse einzustellen und die Mitglieder nur noch gegen Bezahlung der für die Privatpraxis geltenden Honorarsätze zu behandeln. Die Stadtverwaltung hat vermittelnd eingegriffen.

Versuchter Vatermord.

Der zurzeit hier bei seiner Mutter auf Urlaub weilende 27-jährige Kanonier Fissel versuchte seinen Vater zu töten. Der Güterbodenarbeiter Fissel lebt mit seiner Frau in unglücklichem Verhältnis, das zur Scheidung führen wird. Der Sohn Fissel hält die Partei seiner Mutter. Am Sonnabend schlich der junge Fissel seinem Vater frühmorgens 5 Uhr nach, als dieser zum Güterboden ging, warf ihm von hinten eine Schlinge um den Hals und zog ihn zur Erde nieder. Der Vater wehrte sich energisch und brachte seinen Angreifer zu Fall. Beide rollten von der Rampe herunter, wobei sich Fissels Vater den Daumen brach. Der Sohn, der sah, daß sein Vorhaben nicht glückte, ergriff die Flucht. Die Polizei nahm ihn in der Wohnung seiner Mutter fest.

Der Brand des Radolinschen Schlosses.

Posen, 5. Dezember. Ueber den schon gemeldeten Brand des Schlosses des Fürsten Radolin in Jaroschin wird noch berichtet: Während des Brandes wütete ein rasender Sturm. Da kein Wasser gegeben werden konnte, mußte man sich zunächst auf die Rettung der Kostbarkeiten und Möbel beschränken. Endlich nahte größere Hilfe. Die Truppen der Garnison, dies on einer Uebung zurückkamen, leisteten bei der Löschung des Feuers kräftige Unterstützung. Mit Eimern wurde aus dem Schloßteich und dem Schloßgarten Wasser geschöpft und aus der städtischen Spritze in das Feuer gesandt. Das alte Schloß wurde ein Raub der Flammen; nur der vor etwa 10 Jahren neu erbaute östliche Flügel konnte erhalten werden. Das Schloß enthielt viele Kunstwerke und Kostbarkeiten, Bildnisse der Mitglieder der Familie Radolinski vom 17. Jahrhundert an, eine reiche Waffensammlung, eine große Sammlung altchinesischen Porzellans, eine nach Tausenden von Werken zählende Bücherei, die sehr viel wertvolle polnische Werke enthielt, und eine große Sammlung anderer Altertümer, die der kaiserliche Botschafter Fürst von Radolin zusammengetragen hatte. Die Bücherei ist vollständig vernichtet, ebenso der größte Teil der kostbaren Gemälde, Altertümer, Waffensammlung, des alten Poezellans und des Mobilars. Von den geretteten Gegenständen ist ebenfalls sehr viel beschädigt worden. Von der fürstlichen Familie waren anwesend die Fürstin Johanna Radolin, Witwe des umlängst verstorbenen kaiserlichen Botschafters, deren Sohn Graf Peter von Radolin, eine Schwester der Fürstin, Gräfin von Oppersdorf, und andere nahe Verwandte des fürstlichen Hauses, die alte Unterkunft im Schlosse des Kammerherrn von Ohnesorge in Witeschütz fanden. Bei der Rettung der Kunstschätze verunglückte der Rechtsanwalt Scholz, dem eine herabstürzende Decke die Schädeldecke stark verletzte, und ein Tischlermeister, der Brandwunden im Gesicht erhielt.

Eine Mecklenburger Bauersfrau auf Schleichwegen.

Berlin, 6. Dezember. Auf einem Schleichhandel mit Schweinefleisch ertappt wurde gestern die 43 Jahre alte Bauersfrau Adele Liebe aus Stavenhagen in Mecklenburg. Die Frau schlachtete zu Hause heimlich ein Schwein, packte das Fleisch in einen großen Koffer, brachte diesen nach Berlin und gab ihn auf dem Stettiner Bahnhof einstweilen in Verwahrung, um in der Stadt Abnehmer für ihre seltene Ware zu hohen Preisen zu suchen. Durch diese Bemühungen kam das „Geschäft" auch zu den Ohren der Kriminalpolizei. Sie paßte auf dem Bahnhof auf und nahm die Bäuerin fest, als sie kam, um den Koffer abzuholen. Die Verhaftete wird sich wegen verbotenen Schlachtens und Schleichhandels zu verantworten haben.

Sturm und Hochwasser.

Stettin, 6. Dezember. Der starke Nordwind hat in den beiden letzten Tagen in den Küstenländern Hochwasser verursacht. Auch die Oder zeigt an ihrem Unterlauf beträchtliche Neigung, über die Ufer zu treten. Besonders stark leiden Swinemünde und Greifswald unter der Hochwassernot. Der scharfe Nordwestwind hat viel Wasser in den Greifswalder Boden getrieben. In der Stadt selbst ist der Wasserspiegel des Ryck bis auf 1,40 Meter gestiegen, so daß die Bordschwellen bis zu 5 Meter auf dem Vordamm der Hafenstraße überschwemmt sind. In Wieck steht die Bahn unter Wasser. Auch der Schiffahrt hat der Sturm schweren Schaden zugefügt. Der aus Rendsburg stammende Schoner „August" und sein Schlepper „Luise", die im Greifswalder Hafen Kartoffeln geladen hatten, sind auf der Reise von Kiel nach hier im letzten Sturm verschollen und wahrscheinlich untergegangen. In Pölitz sind die Straßen überschwemmt, das Wasser ist in die Keller der Häuser eingedrungen. Die Deichbauten zwischen Stettin und Greifenhagen stehen ebenfalls unter Wasser.

Gerichtszeitung

Merseburger Schöffengericht

Merseburg, 6. Dezember.

In den heutigen Verhandlungen lag wieder eine Anklage wegen unerlaubten Verkehrs mit Kriegsgefangenen vor. Die angeklagte Verkäuferin S. soll zwei Kriegsgefangenen den Beischlaf geleistet haben. Sie wurde auch überführt und mit 4 Monaten Gefängnis bestraft.

Frau M. erhielt wegen Diebstahls 2 Wochen Gefängnis und ein Angeklagter H. verbotenen Verkehrs mit Kriegsgefangenen 6 Mark Strafe und wegen Diebstahls 2 Wochen Gefängnis.

Einige Jungen hatten durch Rauchen im Leunawerk einen Lagerschuppen in Brand gesetzt. Ein Angeklagter wurde wegen Brandstiftung zu 3 Wochen Gefängnis und die übrigen wegen verbotenen Rauchens zu je 12 Mark Geldstrafe verurteilt.

Eine Ehefrau erhielt wegen Diebstahl zwei Tage Gefängnis, eine Milchplanscherin 150 Mark Geldstrafe.

Ein Kantineer hatte auf dem Leunawerk Zwiebeln und Rüben gestohlen und mit vier anderen Genossen verzehrt. Sie erhielten je 1 Tag Gefängnis.

Der spekulative Finder.

Berlin, 6. Dezember. Der Fund einer Brosche im Werte von 5000 Mk. ist dem Kommissionär und Hotelportier Schuter, der gestern wegen Unterschlagung vor dem Schöffengericht stand, verhängnisvoll geworden. Der Angeklagte, ein geborener Schweizer, der etwa 15 Jahre in Berlin lebt, war schon längere Zeit bei einemerstklassigen Hotel angestellt. In der Gegend dieses Hotels hatte eine Dame eine kostbare Brosche verloren und verhieß dem Wiederbringer eine gute Belohnung, ohne Erfolg damit zu erzielen. Einige Zeit nach dem Verlust kam der Angeklagte in den, übrigens unbegründeten, Verdacht, eine Perle gestohlen zu haben. Als er von einem Kriminalbeamten verhört wurde, bestritt er den Perlendiebstahl, erklärte aber zugleich, daß er im Besitze einer Brosche sei, die er auf der Straße gefunden und sofort nach dem Finden seiner Wirtin gezeigt habe. Er behauptete vor Gericht, daß er die Brosche habe nicht behalten wollen, sondern nur die Absicht gehabt habe, so lange zu warten, bis die Belohnung erhöht werden würde. Er fand damit vor Gericht keinen Glauben, ebenso drang er mit der Entschuldigung nicht durch, daß er als Schweizer nicht gewußt habe, daß man hier Fundsachen bei der Polizei abgeben müsse. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft verurteilt.

Vom Auslande

Ein großer Bankschwindel in Warschau.

Dieser Tage wurde in Warschau bei der Niederlassung der Warschauer Industriebank in der Marzalkowskastraße ein dreister Bankschwindel verübt. Dort erschien ein Mann in Begleitung zweier anderer, stellte sich als Agent der Kriminalpolizei vor und verlangte vom Leiter der Niederlassung die Herausgabe des Kasseninhaltes mit der Begründung, von der Bankabteilung seien falsche Banknoten ausgegeben worden. Auf die Aufforderung des Leiters, sich auszuweisen, wies der Fremde einen Befehl mit der Unterschrift des Warschauer Polizeipräsidenten vor. Hierauf ordnete der herbeigerufene Bankdirektor die Herausgabe des gesamten Kasseninhaltes an, im ganzen 43 000 Mark. Der angebliche Agent nahm das Geld, und als die Leitung der Industriebank im Polizeipräsidium um Aufklärung ersuchte, stellte sich heraus, daß es sich um einen Schwindel handelte; der Befehl war gefälscht. Es gelang noch, den Täter zu verhaften. Das Geld fand man noch bei ihm vor.

Handel — Verkehr — Volkswirtschaft

Ueber die Lage des mitteldeutschen Braunkohlenmarktes im Oktober.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte im ganzen dieselbe rege Nachfrage wie in den Vormonaten. Im allgemeinen wird über Wagenmangel geklagt. Es mußten deshalb große Brikettmengen auf Stapel genommen werden. Verschiedentlich wird eine Verbesserung gegen den September gemeldet und dies teils auf den Beginn der Kampagnearbeiten der Zuckerfabriken, teils auf die bessere Wagengestellung zurückgeführt. Vielfach mußte mit Ueberstunden gearbeitet werden. Was die Niederlausitzer Braunkohlenwerke anlangt, so hat eine wesentliche Veränderung ihrer guten Beschäftigung gegen den Vormonat, wie gegen das Vorjahr nicht stattgefunden. Der Versand fiel zum Teil wesentlich höher als im Vormonat und im Vorjahre aus, weil die Wagengestellung im Berichtsmonat geregelter war. Ueberstundenarbeit erwies sich wie bisher erforderlich.

Neue Papiere.

Zugelassen zum Berliner Börsenhandel sind 1 Mill. Mk. neue Aktien der Joh. C. Tecklenborg A.-G., Schiffswerft und Maschinenfabrik, Bremerhaven, 2, 5 Mill. Mk. neue Aktien der Deutschen Eisenbahn-Signalwerke A.-G. in Bruchsal, 1 Mill. Mk. neue Aktien der Braunschweiger Landes-Eisenbahn-Gesellschaft, 1 Mill. Mk. neue Aktien der A.-G. der Cartonagenindustrie in Loschwitz, 500 000 Mk. neue Aktien der Deutschen Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und Chemische Industrie zu Friedrichsfeld in Baden.

Letzte Depeschen

Wilsons Wutgekreisch gegen die Hohenzollern.

Washington, 5. Dezember. Wilsons Rede. Fortsetzung.

Aber wenn ein richtiger Begriff falsch angewendet worden ist, so ist das kein Grund, ihn nicht richtig anzuwenden. Er müßte unter den Schutz seiner wahren Freunde gestellt werden. Lassen Sie uns wiederholen, daß der Autokratie zuerst die völlige Aussichtslosigkeit ihrer Ansprüche auf Macht oder Führerschaft in der modernen Welt gezeigt werden muß. Es ist unmöglich, irgend einen Maßstab der Gerechtigkeit anzuwenden, so lange die gegenwärtigen Herrscher Deutschlands verfügen. Nicht eher, als bis dies vollbracht ist, kann das Recht als Schiedsrichter und Friedensstifter unter den Völkern eingesetzt werden. Aber wenn es vollbracht ist, werden wir die Freiheit haben, den Frieden auf Edelmut und Gerechtigkeit zu gründen unter Ausschluß aller selbstsüchtigen Ansprüche auf Vorteile selbst bei den Siegern. Lassen wir hier kein Mißverständnis obwalten. Unsere augenblickliche Aufgabe ist die, den Krieg zu gewinnen. Nichts wird uns davon abbringen, bis sie erfüllt ist. Ihr hört ebenso wie ich die Stimme der Menschlichkeit. Sie besteht darauf, daß der Krieg nicht mit einem Racheakt irgend welcher Art enden soll, sondern daß keine Nation, kein Volk beraubt oder bestraft werden soll, die unverantwortlichen Herrscher eines einzelnen Landes ein schweres, verabscheuungswürdiges Unrecht begehen. Es ist dies ein Gedanke, der in der Formel: Keine Annexionen und keinerlei Kontributionen, keine zur Strafe auferlegten Entschädigungen zum Ausdruck gelangt. Diese vorzügliche Formel wurde von den Meistern deutscher Intrige sorgfältig ausgenützt, um die Führer Rußlands und aller anderen Länder, die ich namentlich nennen könnte, irrezuführen in der Absicht, einen vorzeitigen Frieden herbeizuführen, ehe die Autokratie ihre endgültige Lektion erhalten hat.

Bei Cambrai bis jetzt 9000 Engländer gefangen, 148 Geschütze und 716 Maschinengewehre erbeutet. Deutsche Flieger über Calais und Südostengland. Meletta gestürmt, 11 000 Italiener gefangen, 60 Geschütze genommen.

Großes Hauptquartier, 6. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In dem flandrischen Kampfgebiet nahm die Artillerietätigkeit am Abend wieder an Stärke erheblich zu. Südlich und südwestlich von Moeuvres stürmten unsere Truppen englische Gräben und stießen bis über die von Bapaume auf Cambrai führende Straße vor. Unter der Einwirkung unseres letzten Angriffserfolges und unter dem steten Druck von Norden und Osten räumte der Feind zwischen Moeuvres und Marcoing seine vordersten Stellungen und zog sich auf die Höhen nördlich und östlich von Flesquieres zurück. In scharfem Nachdrängen wurden die Dörfer Graincourt, Anneux, Cantaing, Noyelles, sowie die Waldhänge nördlich von Marcoing genommen. Auf 10 Km. Breite haben wir unsere Linien bis zu 4 Km. Tiefe vorgeschoben. Auf seinem Rückzug hat der Feind, soweit es die Zeit noch zuließ, die Ortschaften durch Brand und Sprengung zerstört. Die Trümmer dieser Dörfer und das zwecklos begonnene Zerstörungswerk an der nun dem Feinde wieder weit entrückten Stadt Cambrai sind die Spuren, die die Engländer von ihrer mit zu großen Hoffnungen begonnenen und mit einer schweren Niederlage endenden Durchbruchsschlacht bei Cambrai für lange Zeit auf Frankreichs Boden hinterlassen.

Die Verluste, die der Feind in den letzten Tagen, besonders im Bourlonwalde, erlitt, sind außergewöhnlich hoch. Die Zahl der aus den Kämpfen bei Cambrai eingebrachten Gefangenen hat sich auf mehr als 9000, die Beute an Geschützen auf 148, an Maschinengewehren auf 716 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Ailette, in einzelnen Abschnitten der Champagne und auf dem östlichen Maasufer zeitweilig verstärkte Feuertätigkeit. Nördlich von Juvincourt brachten Sturmtrupps von einem schneidigen Vorstoß in die französischen Gräben eine größere Anzahl Gefangene ein.

Gestern wurden im Luftkampf und von der Erde aus 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Unsere Flieger haben die Hafenanlagen von Calais sowie London, Sherneß, Gravesend und Chatham, Dover und Margate mit Bomben angegriffen. Große und zahlreiche Brände kennzeichneten ihre Wirkung.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die bevollmächtigten Vertreter der obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei haben mit den bevollmächtigten Vertretern Rußlands für die Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, sowie auf den türkisch-russischen Kriegsschauplätzen in Asien Waffenruhe für die Zeit vom 7. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, bis zum 17. Dezember 1917, 12 Uhr mittags, abgeschlossen. Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes werden in einigen Tagen fortgesetzt werden.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der am 4. Dezember in den Sieben Gemeinden eingeleitete Angriff der Heeresgruppe des Feldmarschalls Conrad brachte große Erfolge. Oesterreichisch-ungarische Truppen haben die starken italienischen Stellungen im Meletta-Gebirge gestürmt und gegen mehrfache Gegenangriffe behauptet. Deutsche Artillerie hat an den Kämpfen teilgenommen. Bisher wurden 11 000 Italiener gefangen und 60 Geschütze erbeutet.

Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

10 tägige Waffenruhe mit Rußland.

Berlin, 6. Dezember. (Amtlich.) Die bevollmächtigten Vertreter der obersten Heeresleitungen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei haben am 5. Dezember mit den bevollmächtigten Vertretern der russischen obersten Heeresleitung eine Waffenruhe von 10 Tagen für sämtliche gemeinsame Fronten vereinbart. Der Beginn ist auf den 7. Dezember, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Die 10 Tage Frist sollen dazu benutzt werden, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu Ende zu führen. Zwecks mündlicher Berichterstattung über das bisherige Ergebnis hat sich ein Teil der Mitglieder der russischen Abordnung auf einige Tage in die Heimat begeben. Die Kommissionsberatungen dauern fort.

Interpellation wegen tschechischen Hochverrats in Wien.

Wien, 6. Dezember. Die Abgeordneten Schuerff, Langenhan und Genossen brachten in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine von 90 deutschnationalen Abgeordneten unterzeichnete Anfrage an den Ministerpräsidenten und den Minister für Landesverteidigung ein über das Verhalten der Tschechen im Weltkriege. Die Anfrage, welche 640 Seiten Maschinenschrift stark ist, enthält das gesamte über die Frage gesammelte Material.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0003

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung

Alle von den Ortssammelstellen, dem Magistrat hier und dem Mobilmachungsausschuß vom Roten Kreuz hier gesammelten Mengen an Obstkernen, Brennesseln, Weißdornfrüchten, Kastanien pp. ersuche ich an die dafür errichtete Kreissammelstelle, die Firma Lehmann — hierselbst, abzuführen.

Merseburg, den 4. Dez. 1917.

Der Königliche Landrat.
J. V.: v Grone

Bekanntmachung

Für die Entdeckung heimlicher Schlachtungen zahlt der Viehhandelsverband der Provinz Sachsen in Magdeburg Prämien. Für jede Anzeige von heimlichen Schlachtungen, die zur Bestrafung führt, wird wenigstens eine Belohnung von 30.— ℳ bezahlt.

Merseburg, den 3. Dez. 1917.

Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.
J.-Nr. 6940 K. W.

Aufruf.

Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Unter diesem Namen ist unter dem Protektorat Sr. Maj. des Kaisers und Königs für das ganze Deutsche Reich eine Stiftung ins Leben gerufen, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, über die Hinterbliebenen-Versorgung hinaus, den Witwen und Waisen unserer gefallenen Krieger eine Fürsorge angedeihen zu lassen, die den persönlichen Verhältnissen der Hilfsbedürftigen wie den Verschiedenheiten der örtlichen Lebensbedingungen gerecht zu werden vermag.

Die Fortdauer des Krieges stellt an die Nationalstiftung die größten Anforderungen. Wenngleich durch die Opferwilligkeit des Deutschen Volkes ihr bereits erhebliche Summen zu Gunsten der Kriegshinterbliebenen zugeflossen sind, so reichen diese doch nicht aus, um auf Jahre und Jahrzehnte allen berechtigten Anforderungen zu genügen, zumal auch die Zahl der Hinterbliebenen, für die gesorgt werden muß, von Tag zu Tag wächst. Der große Gedanke der Nationalstiftung geht dahin, eine lückenlose Fürsorge im ganzen Lande und zugleich eine gleichmäßige Verwendung der aufkommenden Mittel nach Maßgabe des Bedürfnisses zu gewährleisten. Unsere Krieger zogen in den Kampf und ließen ihr Leben nicht allein um ihrer engeren Heimat willen, sondern für das ganze Vaterland; das Landvolk trat ebenso für die Städter ein, wie umgekehrt.

Dem Beispiele anderer Provinzen folgend, muß die Nationalstiftung sich daher auch in der Provinz Sachsen nochmals an die Freigebigkeit der Bevölkerung wenden und nicht nur die Wohlhabenden, sondern auch die Minderbemittelten bitten, ihr Scherflein der großen Sache darzubringen.

Zur Durchführung dieser Absicht soll eine Sammlung zu einer Nationalstiftsspende stattfinden, die für den Kreis Merseburg in Form einer Haussammlung in der Zeit vom 10. bis 16. Dezember d. Js. gedacht ist.

Jedem deutschen Manne und jeder deutschen Frau bietet sich jetzt Gelegenheit, für die Hinterbliebenen unserer Krieger das Seine zu spenden und die Gefallenen in ihren Hinterbliebenen zu ehren. Darum öffnet Herzen und Hände! Gebt an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen!

Merseburg, den 1. Dezember 1917.

Der Königliche Landrat.
Besch.-Nr. 415 N. St — J. V.: v. Grone.

Deutsch-Evangel. Frauenbund

Ortsgruppe Merseburg.

Mittwoch, den 12. Dezember, nachm. 1/2 5 Uhr,
im **Saale der Generalkommission,**
Wilhelmstraße 8/10:

Vortrag

„Allerlei aus Belgien".
(Herr Pastor **Barthold**-Kötschen).

Unsere Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen gebeten; Gäste — Damen und Herren — sind willkommen.

Noch 3 Tage

findet der

Tuchschuh-Kursus

in der
„Reichskrone", Kl. Ritterstr.
statt. Anmeldungen dortselbst.

H. Hammerschlag.

Städtische Sparkasse.

Ausgabe der Stücke der

6. Kriegsanleihe

(5% Reichsanleihe u. 4 1/2% Reichsschatzanweisungen)
gegen Vorlegung der Quittung über den Zeichnungsbetrag.

Merseburg, den 3. Dezember 1917.

Der Vorstand der städtischen Sparkasse.
Thiele, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Die Pferdemusterung für die hiesige Stadt findet in diesem Jahre

Sonnabend, den 8. Dezember 1917 auf dem Nulandtplatze

hierselbst statt.

Die Pferdebesitzer hiesiger Stadt werden angewiesen ihre Pferde zu den unten festgesetzten Zeiten und auf dem bestimmten Platze rechtzeitig und vollzählich vorzustellen.

Von der Vorführung sind befreit:

a) Mitglieder der regierenden deutschen Familien;
b) die Gesandten fremder Mächte und das Gesandtschaftspersonal;
c) Beamte im Reichs- oder Staatsdienst hinsichtlich der zur Ausübung ihres Berufs notwendigen Pferde,
d) die Posthalter hinsichtlich derjenigen Pferdezahl, welche von ihnen zur Beförderung der Posten vertragsmäßig gehalten werden muß.

Vorzustellen sind:

am 8. Dezember d. Js., vorm. 8 Uhr auf dem Nulandtplatze die Pferde aus dem 1. und 2. Polizei-Revier, insbesondere aus nachstehenden Straßen:
An der Geisel, Breitestraße, Brühl, Fischerstraße, Oelgrube, Saalstraße, Tiefer Keller, Windberg, Bürgergarten, Leunaerstraße, Obere Breitestraße, Nulandtstraße, Sand, Seitenbeutel, Sixtiberg, Gr. Sixtistraße, Weißenfelserstraße.

am 8. Dezember d. Js., vorm. 8 1/4 Uhr auf dem Nulandtplatze die Pferde aus dem 3. und 4. Polizei-Revier, insbesondere nachstehende Straßen:
Burgstraße, Gotthardtstraße, Hirtenstraße, Markt, Johannisstraße, Gr. Ritterstraße, Dammstraße, Hallesche Straße, Lindenstraße, Bahnhofstraße.

am 8. Dezember d. Js., vorm. 8 1/2 Uhr auf dem Nulandtplatze die Pferde aus dem 5. und 6. Polizei-Revier, insbesondere nachstehende Straßen:
Annenstraße, Clobicauerstraße, Friedrichstraße, Geusaerstraße, Lauchstedterstraße, Roter Brückenrain, Teichstraße, Steinstraße, vor dem Klausenzor, Mühlberg, Ober-Altenburg, Unter-Altenburg, Weiße Mauer, Winkel.

am 8. Dezember d. Js., vorm. 8 3/4 Uhr auf dem Nulandtplatze die Pferde aus dem 7. Polizei-Revier insbesondere aus nachstehenden Straßen:
Amtshäuser, Domstraße, Domplatz, Krautstraße, Neuschauerstraße, Neumarkt, am Neumarktor, Oberburgstraße.

Von der Verpflichtung zur **Vorführung** der Pferde sind ferner **befreit:**

a) die angekörten Hengste, soweit sie ausschließlich Zuchtzwecken dienen;
b) Pferde, welche nachweislich in Bergwerken unter Tage arbeiten;
c) die hochtragenden Stuten, deren Abfohlen innerhalb der nächsten vier Wochen zu erwarten ist, oder die innerhalb der letzten 14 Tage abgefohlt haben;
d) die übrigen marschunfähigen Pferde.

Bei sämtlichen Pferden, welche bei der Musterung 1913 als kriegsbrauchbar bezeichnet worden sind, sind die ausgefertigten Bestimmungskärtchen, sowie die laufenden Nummern, welche in den nächsten Tagen den Pferdebesitzern zugestellt werden, an der linken Seite des Kopfes der Pferde anzubringen. Bei den neubeschafften Pferden ist nur die laufende Nummer anzubringen.

Die Unterlassung, sowie die nicht pünktliche und ordnungsmäßige Vorführung der Pferde, soweit solche erfolgen muß, wird mit einer Ordnungsstrafe von 20 Mk. für jedes Pferd geahndet werden, außerdem haben die betreffenden Besitzer zu gewärtigen, **daß eine zwangsweise Vorführung auf ihre Kosten vorgenommen wird.**

Merseburg, den 4. Dezember 1917.

IX. 86/17. **Der Magistrat.**

Wollwaren u. Tricotagen

Kopfschals, Tücher, Unterhosen

Handschuhe u. Strümpfe

sowie

Pelzkragen, Muffen und Garnituren

empfiehlt in reichlichster Auswahl
zu billigen Preisen

Otto Dobkowitz.

Deutsch-Evangel. Frauenbund

Ortsgruppe Merseburg.

Junge Mädchen

die in Fabriken und sonstigen gewerblichen Betrieben beschäftigt sind, werden freundlichst zu einer geselligen Zusammenkunft mit musikalischen und anderen Vorträgen auf

Sonntag, den 9. Dezember, nachm. 4 Uhr
Karlstraße 4 (Hinterhaus)

eingeladen. J. A.: **H. Hahn.**

Gebr. Flügel und Pianos

kauft

B. Döll, Halle a. S.,
Große Ulrichstraße 33/34.

Kammerlichtspiele!

Kleine Ritterstraße 3. Fernspr. 529.

Nur noch heute
Donnerstag!

Die preisgekrönte Frauenschönheit, der Liebling aller Damen und Herren

„Mia May"

in ihrem neuesten Filmwerk:

„Ehre!"

Große Tragödie
:: in 5 Akten ::

Ab morgen Freitag vollständig neues erstklassiges „Schlager-Programm!"

Anfang 7 1/4 Uhr. Anfang 7 1/4 Uhr.

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft
für
Damen- und Kinder-Wäsche
Schürzen aller Art
Vollständige
Wäsche-Ausstattungen.

Fernspr. 259.

Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Geschäftsfreie Sonntage.

Auf Grund des Punkt 25 der Verordnung vom 25. Sept. 1917 wird zugelassen, daß die öffentlichen Verkaufsstellen an den geschäftsfreien Sonntagen bis abends 7 Uhr geöffnet haben dürfen.

Merseburg, den 5. Dez. 1917.

Der Magistrat.
L.-A. II. 3076/17

Nachlaß-Auktion.

Sonnabend, den 8. Dezember d. Js., von vormittags 10 Uhr an, werde ich im Gasthof zur **grünen Linde hier,** folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

1 Vertikow, 1 Kleiderschrank, 1 Wäscheschrank, 1 Glasschrank, 1 Küchenschrank, 2 Sofa, 2 Ausziehtische, 8 Rohr- und 4 Holzstühle, 1 Spiegelschrank, 2 Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen, Federbetten, 1 Regulator, 1 Wanduhr, 1 Waschtisch, 1 Waschwanne, Waschcaféfe, 1 Rohrlehnstuhl, 1 Faulenzer, sowie noch mehrere Haus- und Wirtschaftsgeräte und Glas und Porzellan.

Die Gegenstände befinden sich in gutem Zustande.

Im Auftrage der Erben:
Albert Franke, Auktionator

Groß. Gelegenheitskauf!

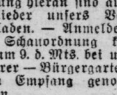
Neue Möbel, Sofas, Matratzen und Federbetten.
13 teilige schw. Zimmereinrichtung, wie neu, 1000 Mark.
2 Nußb.-Zimmer-Salon 1050 M.
„ Schlafzimmer 750 „
Küche 250 „
Teppiche, Spiegel, echte Bilder
empf. **R. Sachse, Hohenmölsen.**

Milchziegen, Anfang März lammend, verkauft **Kupfer,** Rodden Nr. 3.

Taubendünger
trocken und rein, zu kaufen gesucht.
Lederfabrik Vorwerk.

Ziegenmist giebt für Futterstroh ab
Kupfer, Rodden No. 3.

Möbl. Zimmer
zu vermieten
Hallesche Straße 105.



Kaninchenzüchter-Verein Merseburg.

Der Kaninchenzucht-Verein „Fortschritt" in Radewell veranstaltet am 25 und 26. d. Mts. eine **Kaninchenschau.** Zur Beteiligung hieran sind auch die Mitglieder unsers Vereins eingeladen. — Anmeldebogen nebst Schauordnung können bis zum 9. d. Mts. bei unserm Kassierer — Bürgergarten 9, p. — in Empfang genommen werden.

Das vom Verein gepachtete Land an der Halleschen Straße — 10 Parzellen je 100 qm — soll an Vereinsmitglieder abgetreten werden. Bewerbungen sind schriftlich bis Sonnabend, den 8. d. Mts. an den Vorstand — Bürgergarten 9 — zu richten.

Die nächste

Versammlung

findet Sonntag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im „Thüringer Hofe" statt. Mitglieder und Gäste laden wir ergebenst ein. **Der Vorstand.**

Lehrling

zum 1./4. 18 od. früher stellt ein
C. Frey,
Gärtnerei und Baumschule,
Lauchstedt (Kr. Merseburg).

Zu Ostern!

Lehrling für Druckerei u. Setzerei
stellt ein
Merseburger Tageblatt
Hälterstraße 4.

Glaserlehrling
zu Ostern gesucht
G. Burgmann
Kl. Ritterstr. 4.

Verantwortliche Redaktion: Politik: L. Balz, Lokales und Vermischtes: K.-H. Görbing, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 286 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Freitag, den 7. Dezember 1917.

Die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus.

Die Einbringung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus ist am gestrigen Mittwoch erfolgt Graf Hertling führte sich mit einer kurzen Ansprache als Ministerpräsident nicht ungeschickt ein und Minister des Innern Drews suchte die Vorlage wesentlich mit den allgemeinen, logisch kaum überzeugenden (wie der Minister selbst unter der Heiterkeit des Hauses eingestand!) Wendungen der dem Gesetz beigegebenen Begründung als notwendig darzutun. Der konservative Redner, Herr v. Heydebrand, warf der Regierung in ernsten und eindrucksvollen Worten, nüchtern gesprochen, den Fehdehandschuh hin und erklärte offen, er hätte es lieber gesehen, wenn ein Preuße das Ministerpräsidium übernommen hätte. Dem Grafen Hertling machte er die Preisgebung wichtigster Kronrechte an die radikalen Reichstagsparteien und diesen die Ausnutzung einer Notlage zum Vorwurf und ließ erkennen, daß seine Partei für die Radikalisierung des Wahlrechts nicht zu haben sein würde. Graf Hertlings Rechtfertigungsversuch schien logisch nicht sehr erfolgreich. Dr. Pachnickes Zustimmung zu den Vorlagen erschien selbstverständlich. Mit Spannung durfte man dagegen den Erklärungen des Zentrums entgegensehen. Dr. Porsch mußte mitteilen, daß seine Freunde nur zum Teil der Vorlage wohlwollend gegenüberständen, deren radikale Tendenz im Hinblick auf die Zukunft Preußens namentlich hinsichtlich der Schule und Kirche schwere Bedenken erwecken müssen. Die Nationalliberalen kamen heute noch nicht zum Worte.

Soviel scheint aus dem Verlauf der gestrigen Debatte bereits festzustehen, daß die Wahlvorlage schwere Kämpfe entfesseln wird, die sich hoffentlich in dem zu wählenden Verfassungsausschuß abspielen und von denjenigen Rücksichten beherrscht sein werden, die der Präsident Graf Schwerin-Löwitz am Eingang der Beratungen so dringend anempfahl.

* * *

Berlin, 5. Dezember. Am Rednertisch: Graf v. Hertling, Friedberg, sämtliche Minister. Der Präsident Graf Schwerin eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. und führt aus: Bei der Beratung der Wahlreform werden alle nur das eine Ziel, das Wohl des Vaterlandes, haben. Ich bitte dabei die politische Gesamtlage nicht zu vergessen. Die Wahlreform ist bei aller Wichtigkeit doch nicht die einzige, ja nicht einmal die entscheidendste Schicksalsfrage des Volkes. Die ganze Welt der Feinde würde auch heute noch hoffen, die deutsche Kraft durch inneren Hader geschwächt zu sehen, ihre eigenen gesunkenen Siegeshoffnungen aber durch unsern Zwist neu belebt zu sehen. Das Verhandlungsbild kann also nicht ohne weitgehendsten Einfluß auf die Friedensbereitschaft der Feinde und die Fortdauer des Krieges sein.

[illegible] Präsidenten des preußischen Staatsministeriums ernannt. Im Reichstage, wo ich mich vor einigen Tagen vorgestellt habe, konnte ich als eine dort bekannte Persönlichkeit auftreten, da ich viele Jahre dem Reichstag als Mitglied angehört habe. Vor Sie, meine Herren, trete ich als ein völlig Unbekannter. Nicht als ob ich, in Preußen geboren, mit preußischen Verhältnissen nicht auch einigermaßen vertraut wäre. Ich habe 15 Jahre in Bonn gelebt und habe 1880 den preußischen Staatsbeamteneid geleistet. Nachher bin ich nach Bayern übergesiedelt und habe dort 30 Jahre lang als Professor in München gewirkt und seit 1912 an der Spitze des bayerischen Ministeriums gestanden. Die Schwierigkeiten, welche sich daraus ergeben, habe ich vom ersten Tage an voll eingeschätzt. Ich kann nur noch hinzufügen, daß ich die besten Absichten habe, mir das Vertrauen zu verdienen, auf das ich bisher einen Anspruch bei Ihnen nicht habe. (Beifall.)

Sie wissen, vor welche schwierige und bedeutungsvolle Aufgabe ich mich bei der Uebernahme meines Amtes sofort gestellt habe. Es ist mir die Verpflichtung auferlegt, ein feierliches und zu wiederholten Malen gegebenes Königswort einzulösen. Ich werde alle meine Kräfte daran setzen, dieser Ehrenpflicht zu genügen, und ich tue es aufrichtigen Herzens. Ich werde das Wort, so weit es in meinen Kräften liegt, einzulösen bemüht sein. (Lebhafter Beifall.) Die Ihnen vorgelegten Entwürfe bedeuten einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußens. Aber eine staatserhaltende Politik, wie ich sie durchaus vertrete, kann sich nicht darauf beschränken, unter allen Umständen das Beste zu konservieren. Sie muß auch gütig und entschlossen zu Reverungen die Hand bieten, wenn die Entwickelung des Volkslebens es verlangt. Daß ein solches Vorgehen bei den Anhängern des Bestehenden schwere Bedenken und schmerzliche Gefühle wachruft, ist natürlich, und ich weiß diese Gefühle durchaus zu würdigen. Ja, ich verstehe es, wenn diesen Kreisen das Festhalten an dem von den Vätern Ueberkommenen sich geradezu als Gewissensfrage darstellt. Aber dieser Gewissenskampf muß durchgekämpft werden. Das Wahlsystem, über welches schon vor 50 Jahren kein Geringerer als Fürst Bismarck sein bekanntes Verdikt ausgesprochen hat, lasse sich nicht länger halten angesichts der tiefgreifenden Veränderungen, welche die Zusammensetzung des Volkskörpers erfahren hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Sie leisten dem Vaterlande einen großen Dienst, wenn sie die Vorlage, selbstverständlich nach eingehender Prüfung, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Sodann erwähnte der Ministerpräsident noch den Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des Herrenhauses, der das Ziel verfolge, das Herrenhaus nicht nur in seiner bisherigen Stellung und Bedeutung zu erhalten, sondern es fester in der Gesamtheit des Volkes verankern. Preußen ist nicht mehr der Agrarstaat aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Neben dem Grundbesitze sind in steigendem Maße Industrie und Handel als bestimmte Faktoren hinzugetreten. Es erscheint notwendig, in dieser Zusammensetzung des Herrenhauses den berufsständigen Gedanken zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig empfiehlt sich eine Heranziehung der Selbstverwaltung unter tunlichster Schonung des Bestehenden.

Nach der Rede des preußischen Ministerpräsidenten Grafen Hertling führte der **Minister des Innern Dr. Drews** aus: Die Frage des Wahlrechts hat die öffentliche Meinung seit Jahren beschäftigt. Die Abänderungsbedürftigkeit des bestehenden Zustandes ist von der überwiegenden Mehrheit der Parteien wie von der Regierung seit langem anerkannt. Die Regierung hat stets betont, daß, sobald der Zeitpunkt für die Durchführung einer Reform des Wahlrechts gekommen sein werde, sie dann die Initiative ergreifen würde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr gekommen. Draußen kämpfen alle den gleichen Kampf, zeigen den gleichen Heldenmut. Deshalb muß allen auch das gleiche Recht eingeräumt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn auch solche Dinge weniger mit dem Herzen als mit dem Kopfe behandelt werden müssen, so müssen sie jedoch auf ethischem Boden wurzeln. Das Mehrstimmenwahlrecht ist für die Regierung nicht annehmbar. (Bravo links.) Das Mehrstimmenrecht würde an sich vielleicht vom rein logischen Standpunkte aus das folgerichtigste Wahlrecht sein, wenn es einen untrüglichen Schlüssel gäbe, den Wert jedes einzelnen Staatsbürgers zusammenzufassen. Die Botschaft vom 11. Juli hat aus dieser Ueberzeugung heraus [illegible] bei der Vorlage um eine Belohnung an die breiten Massen handle. Unbedingt festhalten wird die Regierung an der Durchführung des Prinzips des gleichen Wahlrechts. Das ist der ausschlagende Kernpunkt der Vorlage. (Lachen rechts.) Die Vorlage ist ein Vertrauensbeweis der Krone zum Volke. Bezeugen Sie auch Ihr Vertrauen und geben Sie der Vorlage Zustimmung. (Beifall.)

Finanzminister Hergt: Nachdem die königliche Botschaft eine neue Grundlage für das Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellt habe, zeigte sich der Wunsch, das Herrenhaus mehr an der Etatberatung zu beteiligen. Das soll geschehen und durch Einführung der Zwischenverhandlungen zwischen beiden Häusern hofft die Regierung, Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen.

Die Debatte.

Abg **v. Heydebrand** (Kons.): Die Vorlage ist mit allgemeinen Redensarten eingebracht. Der Minister des Innern hätte damit auch die Einführung der Republik begründen können. (Große Unruhe links.) Der Minister hat alle Möglichkeiten, daß die Vorlage in einer anderen Gestalt verabschiedet werden könnte, kurzerhand abgewiesen. Das ist nach meiner parlamentarischen Erfahrung nicht der gegebene Weg, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Aber der Minister hat ja an seiner Seite einen gewandten Parlamentarier. (Große Heiterkeit.) Will man die Ruhe im Staate nicht stören und den Feinden nicht in die Hände arbeiten, wie kann da die Regierung eine solche Vorlage einbringen? Der Minister hat uns aufgefordert, in dieser ernsten Zeit unnötig Parteistreitigkeiten wieder aufleben zu lassen. Das sagt der Vertreter einer Regierung, die mit dieser Vorlage die Meinungsverschiedenheiten der Parteien offen zum Ausdruck bringen muß. Wir haben im letzten Jahre nicht geschlafen. Wir wissen, wie die Vorlage entstanden ist, wir wissen, daß man die Notlage des Landes ausgenutzt hat. (Große Unruhe links.) Wir haben den Verdacht, daß auf die Krone eine unzulässige Einwirkung stattgefunden hat. (Große Unruhe links. Zuruf: „Sie wissen ja, wies gemacht wird!") Nach der Wahlrechtsvorlage von 1910, die nicht zustande kam, kam die Osterbotschaft, die lediglich das Klassenwahlrecht beseitigen wollte. Sie betonte aber, daß die Zeit nicht zu solcher Reform geeignet sei. Bei der jetzigen Vorlage scheinen unverantwortliche Ratgeber mitgewirkt zu haben. Wenn die Regierung damals ihre Vorlage zurückzog, so trifft uns kein Verschulden. Wir erkennen die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Wahlrechts an. Es ist aber die einstimmige Meinung meiner Freunde, daß das gleiche Wahlrecht eine geeignete Grundlage der Reform nicht ist. Wir werden die Vorlage prüfen und dann auch unsere Entscheidung treffen. Meine politischen Freunde sind durchaus von den ungeheuren Schwierigkeiten, die der Ministerpräsident vorgefunden hat, überzeugt und einstimmig der Meinung, daß ausschließlich patriotische Motive ihn bestimmt haben, sein schweres Amt zu übernehmen. Aber es wäre uns in Preußen angenehmer gewesen, wenn ein Preuße an der Stelle des Ministerpräsidenten stünde. Die Reichsverfassung und die preußische Verfassung geben dem Kaiser nach freiem Ermessen das Recht, die Minister und Staatssekretäre zu ernennen. Diese Vorschrift der Verfassung ist nicht beachtet worden, denn die letzten Ernennungen sind in einer Weise erfolgt, welche die Beauftragten nicht mehr als Männer des allerhöchsten Vertrauens erscheinen läßt. (Sehr richtig! rechts.) Wir befinden uns jetzt in der Entwickelung auf dem direkten Wege zur parlamentarischen Regierung. (Sehr richtig! links.) Wenn wir eine parlamentarische Regierung gehabt hätten, wo wäre dann Preußen? (Sehr richtig! rechts.) Und wo wäre das Deutsche Reich? **Wir machen die jetzige Entwickelung nicht mit.** Wir verdanken den Aufschwung der starken Monarchie mit konstitutioneller Verfassung; wir stehen an einem Wendepunkte der Geschichte! Ist es doch schon bei uns so weit gekommen, daß Dr. Michaelis seinen Abschied nehmen mußte, nur weil er sein Amt ohne Befragung der Reichstagsmehrheit angetreten hatte. Die Reichstagsmehrheit hat die Entlassung des Staatssekretärs Helfferich und seine Ersetzung durch eine andere rein politische Persönlichkeit verlangt, und sie hat durchgesetzt, daß auch Herr Breitenbach einem anderen Bizepräsidenten hat Platz machen müssen. **Wohin sind wir in Preußen gekommen?** Wir haben einen Ministerpräsidenten, der kein Preuße ist u. wir haben einen Württemberger, der die preußischen Stimmen [illegible] schlimmer ist: die preußischen Gesetze werden nicht mehr in Preußen, sondern im Reichstage gemacht. In letzter Zeit ist von der Regierung gedroht worden: Wenn ihr euch etwa weigern würdet, im preußischen Abgeordnetenhause diese Dinge anzunehmen, dann sollt ihr mal erleben, was geschieht! **Die Herren im Reichstage bestimmen und wir haben zu gehorchen.** Ich will mir nicht die Stimmen zu eigen machen, welche sagen: bei dieser Entwickelung fühle man sich als Preuße im deutschen Reichstage beinahe verraten und verkauft! (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Wir wollen im deutschen Reichstage als Preußen keine Vorrechte, aber wir wollen auch nicht schlechter behandelt werden als andere.

Ministerpräsident Graf Hertling: Die Auffassung des Vorredners über das, was meiner Ernennung voranging, kann ich nicht teilen. Der Kaiser richtete am 13. Juli an mich die Frage, ob ich zur Uebernahme des Reichskanzleramtes bereit sei. Ich gab damals dem Rufe nicht Folge. Der Kaiser wiederholte jetzt den Antrag. Der Vorredner erkannte an, daß mich patriotische Motive zur Annahme des äußerst schwierigen Amtes nicht bewogen haben. Zu allererst wandte ich mich an Mitglieder der Partei

---

Der verflossene Reßdorf.

Roman von H. Courths-Mahler.

30] (Nachdruck verboten.)

„Ist es Ihnen nicht schmerzlich, zu sehen, daß ein Fremder auf Ihrem früheren Grund und Boden baut. Sie werden doch dadurch immer daran erinnert, was Sie verloren haben."

„Was ich nie besessen habe, konnte ich nicht verlieren. Schon als ich noch ein Kind war, ist das alles verloren gegangen, weil mein Vater die enormen Schuldzinsen nicht mehr aufbringen konnte. Er hat den Zusammenbruch nicht lange überlebt, mein armer Vater. Bei seinem Tode vererbte er mir nur unser verfallenes Schloß und ein Stückchen Garten — das hatten ihm die Gläubiger gelassen. Mich kümmerte das damals wenig. Daß ich das alte liebe Haus behielt, war mir genug. Damals lebte ich ja noch in der Zuversicht, daß ich meines Onkels Erbe sein würde. Er war der einzige Bruder meiner Mutter und ich hielt es für mein gutes Recht, ihn zu beerben. Aber seine späte Heirat machte dieses Recht zunichte."

Käthe nickte ihm impulsiv die Hand.

„Meine Schwester erzählte mir davon. Aber nicht wahr, jetzt haben Sie dies Mißgeschick überwunden?"

Er küßte ihre Hand.

„Alles habe ich verwunden — und seit ich wieder in der Heimat bin, zeigt mir das Leben wieder ein sonniges, lockendes Gesicht. Ich dachte, ich wäre alt und stumpf geworden da draußen. Aber jetzt ist mir oft, als sei ich wieder jung und hoffnungsfroh — als liege noch ein großes Glück auf meinem Wege", sagte er bewegt, ihre Hand festhaltend und sie mit heißen Augen ansehend.

Sie sah mit einem zähen, süßen Erschrecken in sein erregtes Gesicht. Ihre Hand schnell aus der seinen ziehend, erhob sie sich hastig.

„Ach — ich glaube, ich habe mich schon verspätet und muß schnell nach Hause. Marianne wird mit dem Tee auf mich warten müssen."

Sie setzte schnell ihren Hut auf und er half ihr das Malgerät zusammenpacken. Trotz ihres Protestes trug er dasselbe.

„Wenn wir quer durch den Wald schneiden und an meinem Hause vorübergehen, ist der Weg kürzer. Ich führe Sie gleich durch meinen Garten hindurch, da sparen Sie mindestens zehn Minuten. Ich darf Sie doch begleiten bis zum Wolliner Parktor?"

„Ach — Sie brauchen sich nicht zu bemühen", suchte sie abzuwehren.

Er lächelte.

„Doch, ich lasse Sie nicht schutzlos durch den Wald gehen."

Sie fand ihre Ruhe wieder.

„Es gibt ja keine wilden Tiere", scherzte sie.

Aber sie ließ sich doch seine Begleitung gefallen.

Plaudernd gingen sie durch den Wald. Nach wenigen Minuten sahen sie die Rückseite des Reßdorfer Schlosses vor sich liegen und er führte sie quer durch den Garten.

Der alte Gottfried war dabei, für seinen jungen Herrn ein Gericht Erbsen zu pflücken. Als er die beiden jungen Leute sah, stellte er schnell seinen Korb hin und zog sein Käppchen.

Käthe nickte ihm freundlich zu und blieb, das Schloß betrachtend, eine Weile stehen.

„Wissen Sie, daß ich Schloß Reßdorf malen möchte von dieser Seite? Hauptsächlich den Teil mit dem zerfallenen Turm, der sehr malerisch wirkt."

„Warum tun Sie es nicht, gnädiges Fräulein?"

„Ich muß doch wohl erst um Erlaubnis bitten", antwortete sie schelmisch.

„Diese Erlaubnis sei Ihnen hiermit feierlichst erteilt."

„Angenommen. Sobald ich mit meinem Bilde fertig bin und das Fest hinter mir liegt, werde ich mich mit meiner Staffelei hier einfinden."

Der alte Gottfried hatte inzwischen schnell einige wundervolle, halberblühte Rosen abgeschnitten. Sein Käppchen abnehmend, kam er nun herbei und reichte die Rosen mit verschämter Aufforderung im Blick seinem Herrn. Der nahm sie ihm lächelnd aus der Hand.

„Mein gnädiges Fräulein — auf Reßdorfer Boden gedeihen sogar noch Rosen. Darf ich sie Ihnen reichen? Gottfried ist mir mit seiner nicht mißzuverstehenden Aufforderung zuvorgekommen."

Käthe nahm die Rosen und befestigte sie, dem Alten lächelnd zunickend, an ihrem Gürtel.

„Es sind nicht die ersten Reßdorfer Rosen, die mich schmücken", sagte sie, und als er sie fragend ansah, fuhr sie fort: „Gottfried und seine Frau sind meine Freunde. Sie haben mir oft, wenn ich vorüberging, ein Sträußchen geschenkt, während Sie in der Fremde waren."

Gottfried nickte eifrig.

„Ja, das gnädige Fräulein hat uns die Ehre erwiesen, sie anzunehmen."

Reßdorf nickte ihm lächelnd zu.

„Das hast du gut gemacht, mein Alter."

„Grüßen Sie Ihre Frau, Gottfried — und vielen Dank für die Rosen", sagte Käthe freundlich.

Reßdorf und Käthe gingen weiter. Der alte Gottfried rannte, als sie jenseits des Gartens zwischen den Bäumen verschwunden waren, ins Haus, um seiner Frau haargenau alles zu erzählen. Sie lächelten so recht zufrieden, die beiden alten Leute.

Reßdorf begleitete Käthe bis an das Wolliner Parktor. Dann ging er langsam, den Blick sinnend zu Boden gerichtet, wieder heim.

* * *

Marianne hatte wirklich schon auf die Schwester gewartet. Kurt war in der Stadt und Gäste fanden sich heute nicht ein. So nahmen die Schwestern den Tee allein ein in dem kleinen Salon der Hausfrau. Während Käthe die Schwester bediente, sagte sie mit angenommener Gleichgültigkeit:

„Ich traf Hans Reßdorf am Schwaneneteich."

Marianne sah scharf und forschend in der Schwester Gesicht, und dann blieben ihre Augen auf den Rosen haften, die Käthe noch im Gürtel trug.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0005

des Vorredners. Ich habe mich nicht auf ein Programm festgelegt das meiner politischen Auffassung nicht entsprochen hätte. Ich habe keine Konzession gemacht, die meiner politischen Ueberzeugung widersprochen hätte. Den Vorwurf, daß ich das Ansehen der Krone herabgesetzt hätte, weise ich entschieden zurück. Ich bin von jeher entschiedener Royalist gewesen und will als solcher sterben. Ich würde keinem Frieden zustimmen, der nicht die wirkliche Sicherung der deutschen Grenzen bringt, der eine äußere Gefährdung des preußischen Staates mit sich bringt. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Pachnicke (Volksp.): Wir haben volles Vertrauen zum Grafen Hertling. Es würde zu schweren Erschütterungen kommen, wenn die Beratungen zu einer Hinausschiebung, Verstümmelung oder Verteilung der Vorlage führen würden. Ich beantrage die Einsetzung einer Kommission für die Wahlrechtsvorlage und einer zweiten für die beiden anderen Vorlagen. Abg. Dr. Porsch (Zentr.): Die innerpolitischen Geschehnisse der letzten Monate kann ich auch nicht sämtlich mit ungemischter Freude ansehen, aber die Tatsachen können nicht ungeschehen gemacht werden. Ihre richtige Beurteilung muß einer späteren ruhigeren Zeit überlassen bleiben. Jetzt müssen wir auch im Innern einig und geschlossen dastehen. Ein Teil meiner Freunde hat sich für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, der andere Teil macht seine Stellungnahme von den Ergebnissen der Verhandlungen des Ausschusses abhängig. In der Tat kann man nicht ohne Besorgnis sehen, wie sich die parlamentarischen Verhältnisse in Preußen nach Inkrafttreten dieser Vorlage gestalten werden, zumal wir ja das Gesetz für die Zukunft machen. Auch bei dem jetzigen Wahlrecht haben die Mehrheiten und Minderheiten gewechselt. Nach Inkrafttreten des vorliegenden Entwurfes müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß eine Radikalisierung des Hauses eintritt. Dabei können wir nicht ohne Besorgnis an die Interessen von Kirche und Schule denken. Im Ausschuß werden wir darauf sehen müssen, ob und welche Sicherungen in der Vorlage für die kulturellen Interessen vorhanden sind. Der Vorredner hat vorgeschlagen, zwei Ausschüsse einzurichten. Wir halten das bei diesen drei zusammenhängenden Vorlagen für unzweckmäßig. Deshalb beantrage ich, die drei Vorlagen einem einzigen Ausschuß von 28 Mitgliedern zu überweisen. Irgendwelche Verschleppungsabsichten liegen uns durchaus fern. Wir hoffen, daß auch weiterhin preußische Angelegenheiten lediglich durch preußische Instanzen entschieden werden. (Beifall.)

Präsident Graf Schwerin-Löwitz: Ich habe dem Hause eine erfreuliche Mitteilung zu machen. An der Front des Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe Mackensen dehnen sich die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf rumänisches Gebiet aus. (Lebhafter Beifall.) In dieser Nachricht können wir eine gute Vorbedeutung für die heutigen Verhandlungen erblicken. (Lebhafter Beifall.)

Donnerstag 11 Uhr Weiterberatung.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die großen Wirtschaftsverbände zur preußischen Wahlreform.

Der Bund der Landwirte, der reichsdeutsche Mittelstandsverband, die Vereinigung der deutschen Bauernvereine und der Zentralverband deutscher Industrieller gaben eine gemeinsame Entschließung zur Wahlrechtsvorlage bekannt, in der es u. a. heißt: „Soll nun das bestehende preußische Dreiklassenwahlrecht, das insbesondere dem Mittelstand eine angemessene Vertretung gesichert hat, einer einzigen Bevölkerungsklasse ein erdrückendes Uebergewicht über alle anderen Teile des Volkes gibt, dagegen vielmehr verlangt werden, daß bei der Neuordnung des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhause nicht nur die Wertung und Freiheit des einzelnen Staatsbürgers, sondern auch die Wertung und Freiheit der einzelnen Erwerbs- und Berufsschichten entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung gefordert werden. Diese Voraussetzung wird nicht erfüllt. Es tritt vielmehr eine Vergewaltigung der überwiegenden Mehrzahl der Berufs- und Erwerbsgruppen ein, wenn auch für die Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses in Zukunft lediglich die Kopfzahl entscheidet. Hierbei ist zu erwarten, daß die Verallgemeinerung des Kopfzahlsystems für die Wahlen zu den Volksvertretungen der deutschen Bundesstaaten die Einführung der Kopfzahlmehrheit für die Gemeindewahlen zur Folge haben wird.

Reichstagsabgeordneter A. Stadthagen †.

Am Dienstag starb in Berlin der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Niederbarnim, Arthur Stadthagen. Er ist einem schweren Lungenleiden erlegen. Stadthagen wurde im Jahre 1857 geboren, er studierte in Berlin Jura und wurde dann Rechtsanwalt. Seit 1890 gehört er dem Reichstage an. Auch war er vielfach Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Seit der Spaltung der Sozialdemokratie im Reichstage schloß er sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an.

Ausland

Die Rede des Grafen Czernin

in den Wiener Delegationen schloß mit nachstehender Erklärung:

Unter allen Umständen aber muß ich erklären, daß es mir nicht möglich ist, unsere selbstlosen Kriegsziele gegenüber den offen eingestandenen Annexionswünschen jener unserer Feinde für alle Zukunft einseitig festzulegen, die auf Fortsetzung des Krieges beharren sollten. Wie Sie, meine sehr geehrten Herren Delegierten, diesen meinen Ausführungen entnommen haben, ist mein vornehmstes Ziel, die österreichisch-ungarische Monarchie baldigst zu einem Frieden zu führen, welcher unter Wahrung der von uns ersolgreich verteidigten Rechte unter Sicherung unserer Zukunft den Völkern dauernde Versöhnung bringt. In diesem Wunsche weiß ich mich eins mit Ihnen und mit der erdrückenden Mehrheit der Völker Oesterreich-Ungarns. Ich bitte Sie daher um Ihre Unterstützung zur Erreichung dieses uns allen vorschwebenden Zieles. Ich hege die Hoffnung, daß wir den Frieden auf dem Wege der Verständigung erreichen werden. Andernfalls werden wir ihn, des bin ich überzeugt, erzwingen.

Tschechische Opposition gegen Kaiser Karl.

Bei dem Empfang der Delegationen in der Wiener Hofburg fehlten die Tschechen.

Zur Frage der möglichen Vertagung der Delegationen wird erklärt, daß eigentlich kein Grund zu dieser Annahme vorhanden sei, da Czernin das Vertrauen der Mehrheit auch in der österreichischen Delegation besitzt. Die Vertagung werde nur dann eintreten müssen, wenn die Verhandlungen an der Ostfront die Anwesenheit des Ministers für auswärtige Angelegenheiten erforderlich machen würden.

Aus Stadt und Umgebung

Die Zuschüsse zu den Haserpreisen.

Das mobile Feldheer braucht zur Erhaltung seiner Schlagfertigkeit nach wie vor große Mengen von Hafer. Um die Landwirte zum möglichst umfangreichen Haserausdrusch und entsprechender Ablieferung zu veranlassen, hat der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes in seiner Verordnung vom 24. September 1917 bestimmt: daß für Hafer, der bis zum 31. Dezember abgeliefert wird, der bisherige Höchstpreis für die Tonne um eine Lieferungsprämie von 70 Mk. erhöht wird. Außerdem bleibt die bisherige Druschprämie für Hafer und Gerste noch bis 31. Januar 1918 bestehen.

Am 1. März 1918 werden die Höchstpreise für Getreide, Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchte, mit Ausnahme der Höchstpreise für Saatgut um je 100 Mk. für die Tonne ermäßigt.

So ergeben sich folgende Preisstufen für Hafer: für Lieferung bis 31. Dezember 1917 Grundpreis 270 Mk., Druschprämie plus 60 Mk., Lieferungsprämie plus 70 Mk., Gesamtpreis 400 Mk., für Lieferung bis 31. Januar 1918 Grundpreis 270 Mk., Druschprämie plus 60 Mk., Lieferungsprämie plus 30 Mk., Gesamtpreis 360 Mk., für Lieferung bis 28. Februar 1918 Grundpreis 270 Mk., Druschprämie —,—, Gesamtpreis 270 Mk., für Lieferung bis 1. März 1918 Grundpreis 170 Mk., Druschprämie —,—, Gesamtpreis 170 Mark.

Hervorzuheben ist, daß für Saathafer die Lieferungsprämie ebensowenig wie die Frühdruschprämie gilt.

Demnach ist allen Landwirten nur dringend anzuraten, so rasch wie möglich Hafer und Gerste auszudreschen und abzuliefern.

Aus Provinz und Reich

Mord und Selbstmord.

Weißenfels, 5. Dezember. Der Geschäftsführer und sozialdemokratische Stadtverordnete Burgau erschoß seine Wirtschafterin und ergriffte sich darauf. Unüberwindliche Hindernisse, die sich einer Ehe dadurch in den Weg stellten, daß beide bereits verheiratet waren, führte zu dem Entschlusse, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Burgau war 57, die Wirtschafterin Stengler 42 Jahre alt.

Opfer des Berufs. — Selbstmord.

Eisenach, 5. Dezember. An den Folgen einer Blutvergiftung, die er sich in Ausübung seines Berufs zugezogen hatte, starb der landsturmpflichtige Arzt Dr. Bernhard Schlüchterer. Er hat Anfang des Krieges an der Front gestanden und war vom September dieses Jahres an in das Lazarett für Nervenkranke im benachbarten Thal kommandiert. Der Generaloberarzt und Reservelazarett-Direktor in Eisenach rühmt dem Dahingeschiedenen in einem warmen Nachruf eine gediegene fachärztliche Tätigkeit nach. — Erschossen hat sich in seiner Wohnung ein hiesiger Postsekretär. Unter der Wucht der Ereignisse, die ihm in letzter Zeit die Scheidung von seiner Frau und die — nach der Meinung des Erschossenen — ungerechte Verurteilung zur Kostenübernahme und zum Aufkommen für den Lebensunterhalt seiner geschiedenen Frau brachten, ist der Mann zusammengebrochen. Ein an die vorgesetzte Behörde gerichteter Brief gibt über Beweggründe zu der Tat näheren Aufschluß.

Beitrittsmeldungen zur

werden entgegengenommen in der

Geschäftsstelle des „Tageblatt“

Hälterstraße 4

und bei

Buchhändler Pouch, Burgstraße 3.

Diebstähle.

Magdeburg, 5. Dezember. Drei Ladendiebinnen, zwei von hier und eine aus Braunschweig wurden festgenommen. Sie hatten mit einer vierten Genossin aus Braunschweig in Berlin und Braunschweig fortgesetzte Diebstähle in Läden ausgeführt. Eine Anzahl gestohlener Sachen wurde in ihren Wohnungen vorgefunden. — Festgenommen wurden ein Eisenbahnschaffner und ein Weichensteller von hier wegen fortgesetzten Diebstahls von Eisenbahngütern. Mehrere Ballen Stoffe, große Mengen Lebensmittel, als Schinken, Speck, Schmalz, Butter u. a. wurden vorgefunden.

Verbrannt.

Zwickau, 5. Dezember. Den Tod durch Verbrennen fand gestern hier ein 6jähriges Mädchen, das sich in einem unbewachten Augenblick an der Feuerung des Küchenherdes der elterlichen Wohnung beschäftigt hatte.

Kohlenmangel.

Königslutter, 4. Dezember. Wegen ungenügender Kohlenzufuhr mußte die Aktien-Zuckerfabrik seit zehn Tagen die Rübenverarbeitung einstellen. Sämtliche Aktionäre sind verpflichtet worden, Kohlen auf Wagen von der Grube heranzuschaffen, so daß in kurzer Zeit mit der Wiederaufnahme des vollen Betriebs zu rechnen ist.

Beschwerden der Kolonialwarenhändler.

Berlin, 5. Dezemuer. In Haverlands Festsälen hielt gestern der „Verein Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche“ eine zahlreich besuchte Versammlung ab, der auch Landtagsabgeordnete sowie Vertreter des Justizministeriums, des Kriegswucheramts, der Magistrate Berlin, Neukölln, Charlottenburg usw. beiwohnten. Die Landtagsabgeordneten Dr. Grunenberg (Zentrum), Conrad (Kons.) und Dr. Runzel (Fortschr. Volksp.) hielten kurze Ansprachen, in denen sie die Mitwirkung ihrer Parteien für die Erhaltung des Kleinhandels versprachen. Sodann hielt Generalsekretär Bergmann einen Vortrag über mannigfache Wünsche und Beschwerden der Kleinhändler. Vor allem richteten sich diese gegen die Gemeindebehörden, deren Bedingungen für die Händler unhaltbar seien. Der Verein hat, wie der Redner ausführt, an die Gemeinden Vorstellungen gemacht, die auch von den Behörden berechtigt gefunden seien, nur der Magistrat von Schöneberg rechnete heraus, daß der Verdienst der Händler ein genügender, ja großer sei. Der Redner wandte sich weiter gegen die Konkurrenz der städtischen Verkaufsstellen, die unberechtigt und überflüssig sei, da sie zur Verbilligung der Waren gar nicht mehr beitragen könne. Völlig unberechtigt sei die Bedingung der Gemeinden, daß die belieferten Händler keine Mängel rügen dürfen, es werde ihnen angedroht, daß sie bei Rügen und Beschwerden von weiterer Lieferung ausgeschlossen würden. Die Händler bekämen oft Waren, die sie in Friedenszeit nicht verkaufen könnten und dürfen. Beschwerde müsse geführt werden gegen den Schleichhandel, der von amtlichen Kantinen getrieben werde. Auch in der Aussprache wurden noch ähnliche Beschwerden und einzelne Klagen angeführt, in deren Sinn dann eine Entschließung der Versammlung angenommen wurde.

Verheerende Feuersbrünste.

Posen, 5. Dezember. Das prachtvolle Schloß des Fürsten von Radolin bei Jarotschin steht in Flammen. Es herrscht starker Schneesturm und Wassermangel. Da es zudem an geschulter Feuerwehr fehlt, ist wenig Aussicht auf Eindämmung des Feuers, vielmehr Gefahr vorhanden, daß auch der neuere Teil des Schlosses in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Bevölkerung leistet Hilfe.

Saarbrücken, 5. Dezember. Bei einem Großfeuer sind in dem Hause Deutsch-Herrenstraße 13 zwei Personen, ein Mann und eine Frau ums Leben gekommen. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Münchener Morde.

München, 6. Dezember. Am Montag-Abend wurde in Starnberg ein Mann, der sich als ein im Privatdienst stehender Jäger Römer ausgab, bei dem Versuche, in eine Villa einzubrechen, überrascht und von dem Gendarm Hofmann verhaftet. Auf dem Wege zur Gendarmeriestation zog er seinen Revolver, tötete den Gendarmen durch einen Schuß in den Kopf und entkam. Der Mörder dürfte ein längst gesuchter Villeneinbrecher sein, der bereits seit längerer Zeit die Gegend von Starnberg heimsucht. — Hier wurde der 32jährige, in Venedig geborene Holzbildhauer Mario Vionello in seiner Wohnung mit einer Schußverletzung im Rücken tot aufgefunden. Nach der Lage der Leiche kann es sich nur um ein Verbrechen handeln. Vionello hatte ein blühendes Geschäft und beschäftigte auch jetzt noch außer einem Geschäftsführer zehn Angestellte.

Gerichtszeitung

Ein Wechselgeld-Schwindlerpaar

erschien am 9. Juli in Leipzig in einem Geschäfte am Matthäikirchhofe und machte dort verschiedene kleine Einkäufe. Einer der beiden Männer gab nun einen Fünfzigmarkschein hin und ließ sich von der Verkäuferin 49 Mk. — der Einkauf betrug eine Mark — herauszahlen. Bevor das junge Mädchen es verhindern konnte, riß der Mann dann mit dem Wechselgelde auch den Fünfzigmarkschein an sich, worauf er mit seinem Genossen eiligst das Weite suchte. Nach einiger Zeit gelang es, in einem der beiden Wechselgeldschieber den Monteur Alfr. Wicher hier festgenommen. Wicher war aus dem Felde nach Leipzig beurlaubt worden, um während des Sommers seine Gesundheit wiederherstellen zu können. Das Leipziger Landgericht erkannte gegen den Angeklagten auf sechs Monate Gefängnis.

Ein Verleumder.

Altenburg, 4. Dezember. Ein Mann, der die Frechheit besessen und behauptet hatte, er habe dem Oberbürgermeister einen Sack Mehl ins Haus schaffen müssen, gestand vor dem Schöffengericht seine Lüge ein und wurde dafür zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Die Verbreiter des Gerüchts wurden mit Geldstrafen belegt.

Ein „Grenzfall“.

Berlin, 5. Dezember. Ein stark minderwertiger Mann, gegen den in Breslau ein Strafverfahren wegen Mordes schwebt, wurde gestern dem unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Franz tagenden Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt. Es handelt sich um einen fünf Jahre zurückliegenden Raubüberfall. Der Angeklagte war der Damenschneider Paul Tischer. Am 1. April 1912 ist in Breslau der Altbändler Beyer in seinem Geschäft in der Mathiasstraße erschlagen aufgefunden worden, dem Namen „Dr. E. Steiger“ in einem Gasthof Unter den Linden abstieg. Am 19. April 1912 wurde die Frau Alwine Koerper, die in der Tilsiter Straße ein Licht- und Seifengeschäft betrieb, überfallen. Sie hatte eine Anzeige aufgegeben, wonach sie ihr Geschäft verkaufen wollte. Darauf erschien der Angeklagte, wußte in schlauer Weise den Sohn der K. aus dem Hause zu entfernen und ließ sich dann unter dem Vorgeben, daß er das Geschäft für eine Tante kaufen solle, den unter dem Laden liegen Keller zeigen. Als sie wieder die Kellertreppe hinaufging, erhielt die Frau plötzlich von dem vorangehenden Angeklagten einen Tritt gegen den Kopf, sodaß sie die Treppe hinunterstürzte und unten gefangen blieb, da der Angeklagte vom Laden aus die Ladentasse 36 Mk. gestohlen hatte, auf das Hilfegeschrei der Frau festgenommen worden. Der Angeklagte, gegen dessen geistige Gesundheit Bedenken geltend gemacht wurden, hat die verflossenen Jahre in zwei Irrenhäusern zugebracht. Zu der gestrigen Verhandlung waren vier psychiatrische Sachverständige geladen, deren Gutachten nicht ganz übereinstimmten. Zwei von ihnen neigten sich der Ansicht zu, daß § 51 wohl vorliegen dürfte, die sachverständigen Aerzte der Irrenanstalt wichen hiervon ab und begutachteten, daß hier nur von einem sogenannten Grenzfall die Rede sein könne und der Angeklagte als ein stark minderwertiger Mensch angesprochen werden müsse. R.-A. Dr. Walter Fränkel beantragte bei dieser heiklen Sachlage die Einstellung des Verfahrens; der Antrag wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. R.-A. Messerschmidt beantragte 3 Jahre Gefängnis, R.-A. Fränkel mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein degenerierter Mensch ist, eine mildere Strafe. Das Urteil lautete auf 1½ Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft. Tischer kann nun wegen des Mordes zur Rechenschaft gezogen werden.

Handel — Verkehr — Volkswirtschaft

Reichsbank.

In der Monatssitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte der Präsident mit, daß der Status der Reichsbank seit dem letzten Ausweise eine weitere zufriedenstellende Entwicklung genommen habe. Die Abschlagsdividende der Reichsbank wurde in gesetzmäßiger Höhe für zahlbar erklärt.

Bankfeiertag am 24. Dezember.

Die Mitglieder der Vereinigung von Berliner Banken und Bankiers haben beschlossen, am Montag, den 24. Dezember, ihre Geschäfte und Wechselstuben in Berlin und Vororten mit sämtlichen Kassen zu schließen. Nur für die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an Generalversammlungen, sofern es sich um den letzten Tag der Hinterlegungsfrist handelt, und für Wechselzahlungen werden die Mitglieder der Vereinigung in ihren Hauptgeschäften einen Schalter von 10—12 Uhr vormittags geöffnet halten. Mit Rücksicht darauf, daß die Geschäftswelt gerade am 23. und 24. Dezember noch mit Kasse-Eingängen zu rechnen haben wird, die sie bei Schließung der Banken an diesem Tag nicht unmittelbar bei ihnen, sondern nur auf deren Postscheckkonten einzahlen kann, haben die Mitglieder der Vereinigung beschlossen, solche am 23. und 24. Dezember von der Kundschaft auf die Postscheckkonten eingezahlten Beträge Wert 24. Dezember gutzuschreiben.

Zur Frage einer Zementpreiserhöhung

erfahren wir, daß beschlossen worden ist, die Preise für Zement, die nur bis Ende dieses Monats gelten, über den Schluß des Jahres hinaus unverändert zu belassen. Erst etwa eintretende neue Preiserhöhungen für Kohle und Frachten würden Anlaß zu weiterer Steigerung der Zementpreise geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919171207-18/fragment/page=0006